

Vom Antisemitismus keine Rede?

Nachtrag zum Henry-Ford-Bau und der Beschäftigung mit Nationalsozialismus und Antisemitismus an der Freien Universität Berlin in den frühen 50er Jahren

Jochen Stadt

Nach der Veröffentlichung des Beitrags über die Namensgebung des Henry-Ford-Baus der Freien Universität Berlin in der Ausgabe 46/2020 dieser Zeitschrift sowie eines Artikels zum gleichen Thema in der *Tagesspiegel*-Beilage der Freien Universität vom 5. Dezember 2020 erschien in der Wissenschafts-Beilage der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 17. März 2021 ein Artikel von Alexandra Kemmerer zum gleichen Thema.¹ Die Unterüberschrift des *F.A.Z.*-Beitrages lautete: „Das Hauptgebäude der Freien Universität heißt nach Henry Ford – aber nicht dem Gründer des Autokonzerns. Sondern dessen gleichnamigem Enkel.“ Der Autor dieses Beitrages wandte sich darauf per E-Mail mit der Mitteilung an die Autorin, er freue sich, „dass Sie zu den gleichen Ergebnissen kommen wie wir“. Ärgerlich sei aber leider die Schlussbemerkung ihres Beitrages: „Es ist exemplarisch für die immer gleichen Windungen vieler in regelmäßigen Abständen auflebender Umbenennungsdebatten, dass in Dahlem bislang alle Seiten die Chance zu einer differenzierten historischen Auseinandersetzung und zur sichtbaren Dokumentation der Hintergründe der Namensgebung verpasst haben.“

Das war unzutreffend, da FU-Präsident Prof. Dr. Günter M. Ziegler bereits am 18. November 2020 den Akademischen Senat über den Forschungsstand zur Namensgebung des Baus informiert hatte und am 5. Dezember 2020 in der FU-Beilage des *Tagesspiegel* mein Beitrag zum Henry-Ford-Baus erschienen war. Ebenfalls im Dezember 2020 kam die ZdF-Ausgabe Nr. 46 heraus, die eine längere Darstellung der historischen Zusammenhänge zur Thematik enthielt und explizit Bezug auf die Forderung des FU-AStAs nahm, der Henry-Ford-Bau müsse umbenannt werden, da er 1954 nach einem Antisemiten benannt worden sei.

Die Bitte um eine nachträgliche Korrektur der unzutreffenden Behauptung im Internet-auftritt (*FAZ.NET*) wurde sowohl von der Autorin als auch von dem für die Seite Geisteswissenschaften zuständigen Redakteur Patrick Bahners abgelehnt. So bleibt es dort bei der Behauptung, „dass in Dahlem bislang alle Seiten die Chance zu einer differenzierten historischen Auseinandersetzung und zur sichtbaren Dokumentation der Hintergründe der Namensgebung verpasst“ hätten.² Alexandra Kemmerer teilte nachträglich mit, sie habe ihren Beitrag am 23. Juli 2020 an Herrn Bahners gesandt, ihr sei die Entwicklung der Debatte seit November 2020 nicht zur Kenntnis gelangt.³

Der für den achtmonatige Stehsatzaufenthalt des Beitrages von Frau Kemmerer verantwortliche *F.A.Z.*-Redakteur Patrick Bahners reagierte mit heftiger Kritik auf den ihm

1 Vgl. Jochen Stadt: Wie der Henry-Ford-Bau zu seinem Namen kam. Spurensuche rund um eine Geldspende aus den USA vor 66 Jahren an die damals junge Freie Universität Berlin. *Tagesspiegel*-Beilage der Freien Universität Berlin vom 5. Dezember 2020.

Alexandra Kemmerer: Die Wissenschaft kommt nicht vom Fließband. Das Hauptgebäude der Freien Universität Berlin heißt nach Henry Ford – aber nicht dem Gründer des Autokonzerns, sondern dessen gleichnamigem Enkel. Die Akten illustrieren die Aufbruchstimmung einer transatlantischen Gründerzeit. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Geisteswissenschaften, 17. März 2021.

2 <https://www.faz.net/aktuell/wissen/forschung-politik/henry-ford-bau-der-fu-berlin-wissenschaft-nicht-vom-fließband-17247132.html>.

3 E-Mail Alexandra Kemmerers vom 17.03.2021 an Jochen Stadt.

informationshalber zur Kenntnis gegebenen Beitrag aus der ZdF Nr. 46 „Der amerikanische Freund“. Er fühle sich durch die darin enthaltene Argumentation von ferne an Ernst Nolte erinnert. Die Bezugnahme auf das Schicksal des aus dem Exil zurückgekehrten FU-Rektors Eduard Hirsch bezeichnete er als „spekulative Psychologie“, die unterstelle, dass für einen zurückgekehrten Überlebenden die Distanzierung von einem Antisemiten die oberste Maxime hätte sein müssen. Mit der Ford-Spende habe sich die Freie Universität in eine Verbindung zu Henry Ford, dem weltberühmten Autobauer, begeben auch wenn das Gebäude nach dessen Enkeln benannt worden sei. FU-Rektor Hirsch hätte, um der Assoziation zu Henry Ford I entgegenzuwirken, mehr tun müssen, z.B. durch eine Namensgebung für das zentrale FU-Gebäude analog zur Henry Ford II Lobby in der Automotive Hall of Fame, zum Henry Ford II Chair in International Management an der University of California Los Angeles und zur Henry Ford II High School in Sterling Heights, Michigan. Deswegen sei eine Hinweistafel zu den Hintergründen der Namensgebung des Henry-Ford-Baus erforderlich. Weiterhin monierte Bahners die im ZdF-Beitrag enthaltenen Formulierungen, dass „Linke auf dem linken Auge blind sind“ sowie die Verwendung des Terminus Cancel Culture in einer wissenschaftlichen Zeitschrift, den er als Kampfbegriff qualifizierte. Durch einen weiteren Beitrag zum Henry-Ford-Bau auf der Seite Geisteswissenschaften könne der unglücklicherweise entstandene Eindruck korrigiert werden, dass die Freien Universität sich nicht mit der Angelegenheit auseinandergesetzt habe. Es müsse dann allerdings auch auf die von ihm angerissenen Kritikpunkte eingegangen werden.⁴ Verbindlicher noch äußerte sich Bahners in einer E-Mail an Carsten Wette (Stabsstelle Presse und Kommunikation der FU), in der er schrieb, es sei eine „Ehrensache“ für die *F.A.Z.* die Bemühungen der Freien Universität um eine Klärung der Namensgebung klarzustellen. Wie diese „Ehrensache“ abgewickelt wurde, ist den nachstehenden Zitaten aus dem am 9. Juni 2021 erschienen zweiten Henry-Ford-Bau-Artikel Alexandra Kemmerers zu entnehmen, der passagenweise die Argumentation aus den Bahners-E-Mails sinngemäß enthält.

Gerne hätten wir die via E-Mail ausgetragene Kontroverse auszugsweise dokumentiert. Da Frau Kemmerer und Herr Bahners jedoch auf dem vollständigen Abdruck des gesamten E-Mail-Verkehrs mit Carsten Wette (Stabsstelle Presse und Kommunikation der FU) und dem Autor dieses Artikels bestanden, sehen wir von deren Dokumentation ab. Viele in den Bandwurm-E-Mails enthaltene Argumente wiederholen sich und etliche Passagen finden sich ohnehin in dem zweiten Kemmerer-Artikel wieder. Der geforderte vollständige Abdruck sämtlicher E-Mails wäre eine ermüdende Lesezumutung und würde den üblichen Umfang von ZdF-Artikeln weit überschreiten. Auch die ursprünglich vorgesehene Dokumentation des Artikels von Frau Kemmerer unterbleibt, da sowohl die Autorin wie auch der zuständige Redakteur Patrick Bahners urheberrechtliche Bedenken äußerten.

Von der Person zur Sache – Alexandra Kemmerers zweiter Einwurf

In ihrem ersten Beitrag zur Namensgebung für das Hörsaalgebäude schrieb die Autorin, Henry Ford II soll „überrascht gewesen sein, als er einige Jahre später von der Namensgebung erfuhr“. In ihrem zweiten am 9. Juni 2021 erschienenen Beitrag für die *F.A.Z.*-Seite Geisteswissenschaften, der mehrere Angriffe ad hominem enthält, relativiert sie weitgehend ihre Aussagen des ersten Artikels. Nun meint sie, „dass es den Namengebern von 1954 nie um die ‚Würdigung‘ oder ‚Ehrung‘ einer einzelnen Person ging“, sondern um die „Anerkennung einer Kooperation, transatlantischen wissenschaftlichen Vernetzung, für die der Name Ford stand“. Dies ist nicht die einzige Volte rückwärts in dem mit allerlei abschweifenden Erwägungen angefüllten Artikel.

⁴ E-Mail von Patrick Bahners an Jochen Stadt vom 21. März 2021.

Der Name stand für eine Sache

Noch einmal zur Benennung des Henry-Ford-Baus in Berlin-Dahlem: Die Freie Universität verharret im Kampfmodus der Geschichtspolitik des Kalten Krieges und übertreibt, was die Aktenlage mit Gewissheit hergibt.

Von Alexandra Kemmerer

Artikelüberschrift der FAZ-Seite Geisteswissenschaften vom 9. Juni 2021

Der Artikel Alexandra Kemmerers vom 17. März 2021 enthielt in seinem letzten Absatz die kritische Bemerkung „dass in Dahlem bislang alle Seiten die Chance zu einer differenzierten historischen Auseinandersetzung und zur sichtbaren Dokumentation der Hintergründe der Namensgebung verpasst haben“. Ihren zweiten Beitrag zum Henry-Ford-Bau vom 9. Juni 2021 leitete die Autorin mit dem Hinweis ein, „umgehend erreichte uns daraufhin Post aus der FU: Jochen Staadt, Projektleiter im dort angesiedelten Forschungsverbund SED-Staat und Mitarbeiter der Hochschuldokumentation, wies auf seinen im Dezember 2020 in Nr. 46 der Zeitschrift des Forschungsverbunds publizierten Beitrag zum Thema hin“.⁵ Es sei bedauerlich, „dass uns Staadts Aufsatz ebenso wie dessen in der *Tagesspiegel*-Beilage der FU vom 5. Dezember 2020 veröffentlichte Zusammenfassung, die auch auf der Website der FU zugänglich ist, entgangen war“. Doch sei es fraglich, ob „es sich dabei tatsächlich, wie der kommissarische Leiter der FU-Pressestelle, Carsten Wette, in einer Mitteilung an die *F.A.Z.* behauptete, um ‚eine abgeschlossene, durch Quellen zweifelsfrei erbrachte Klärung‘“ handele, „die eine Revision unserer kritischen Bewertung der universitären Erinnerungspolitik“ erforderlich mache. Als zweifelsfrei geklärt könne „nur eines gelten: Keiner der an der Gründung der FU und deren Finanzierung Beteiligten beabsichtigte dezidiert eine Benennung des zentralen Universitätsgebäudes nach dem 1947 verstorbenen Antisemiten Henry Ford.“

Unter der Zwischenüberschrift „Die Presse sprach nicht vom Enkel“ kommt die Autorin auf der Grundlage der von ihr eingesehenen Überlieferungen der Ford Foundation im Rockefeller Archive Center in Tarrytown, N.Y. zu folgender Schlussfolgerung: „Die Aktenbestände legen nahe, dass eine Benennung nach dessen Enkel, Henry Ford II, gewollt war. Zugleich gewinnt man den Eindruck, dass damit vor allem eine Würdigung der Unterstützung durch die (von diesem repräsentierte) Stiftung intendiert war und die Person selbst gar nicht im Mittelpunkt stand. Aus einer Aktennotiz vom 14. Juni 1954 ergibt sich, dass die Ford Foundation Kenntnis von einer beabsichtigten Namensgebung nach ‚Ford‘ (in der Quelle in Anführungszeichen) erhielt. Offensichtlich stand der Nachname der Unternehmerfamilie auch in der internen Sicht der Stiftung für den Gesamtkomplex Familie-Unternehmen-Stiftung. Selbst wenn Berlin ausschließlich Henry Ford II ehren wollte, schwang die Erinnerung an den Großvater mit.“

Eigenartige Querverweise zur jungle.world

Obwohl Alexandra Kemmerer es für zweifelsfrei geklärt hält, „keiner der an der Gründung der FU und deren Finanzierung Beteiligten“ habe beabsichtigt, „eine Benennung des zentralen Universitätsgebäudes nach dem 1947 verstorbenen Antisemiten Henry Ford“ vorzunehmen, bezieht sie sich in einem weiteren Abschnitt ihres Beitrags auf eine Streitschrift von zwei früheren AStA-Referenten in der linksradikalen Zeitschrift *jungle.world*. Fabian Bennewitz und Janik Hollnagel hätten dort nämlich zu Bedenken gegeben, dass sich die zeitgenössische Presse nicht die Mühe gemacht habe, auf den

⁵ Siehe Jochen Staadt: „Der amerikanische Freund“. Wie der Henry-Ford-Bau der Freien Universität zu seinem Namen kam und wer damit gemeint war. ZdF Nr. 46/2020, S. 3-14.

Namensgeber als „Henry Ford II“ hinzuweisen, „obwohl dies sicherlich einer Klarstellung bedurft hätte“. In anderen Artikeln aus dieser Zeit würde Henry Ford II in der Regel auch so oder als Enkel des Firmengründers bezeichnet. Deswegen findet es Alexandra Kemmerer befremdlich, „dass sich sowohl die von der Universität in Auftrag gegebene Studie wie auch ihre Präsentation in einer ahistorischen Apologetik verfangen, der es vor allem um eines zu gehen scheint: die restlose Tilgung auch des kleinsten Anscheins einer Verbindung zu einem Antisemiten. Der kämpferische Duktus, in dem Aktenauszüge in einer Form präsentabler Wissenschaftsgeschichtskommunikation aufbereitet werden, die jedes weitere Gespräch ausbremsen soll, steht der FU nicht gut an.“ Die Behauptung, es habe sich bei dem *Tagesspiegel*-Artikel oder den *ZdF*-Beitrag um eine „von der Universität in Auftrag gegebene Studie“ gehandelt, ist unzutreffend. Beide namentlich gekennzeichneten Artikel verantwortet der Autor allein, sie warten keine Auftragsarbeit.

Die Umbenennungsaktivisten Fabian Bennewitz und Janik Hollnagel, auf die sich Frau Kemmerer beruft, behaupten in der Kopfzeile ihres Artikels vom 5. Mai 2021 in der *jungle.world* unverdrossen „Der Henry-Ford-Bau der Freien Universität Berlin trägt den Namen eines Antisemiten“. Sie meinen, der Enkel und Stifter sei nur vorgeschoben worden, um den Bau nicht umbenennen zu müssen. „Wem die Namensgebung galt“, bleibe „trotz der nun vorliegenden Dokumente ungewiss“. Weiterhin eliminieren die beiden Dschungelkämpfer die Mitwirkung des Kurators Fritz von Bergmann an der Namensgebung des Henry-Ford-Baus mit der Bemerkung, „auf der Anwesenheitsliste des entsprechenden Protokolls des Akademischen Senats ist von Bergmann jedenfalls nicht vermerkt“. Fritz von Bergmann war es, der Franz Leopold Neumanns Vorschlag zur Namensgebung weiterleitete und er nahm als Kurator natürlich auch an der Sitzung des Kuratoriums der Freien Universität teil, das wie üblich die Beschlüsse des Akademischen Senats zur Kenntnis nahm. Doch weiter im Dschungelbuch von Bennewitz und Hollnagel: „Unter den von Staadt genannten jüdischen Personen“ sei „allein Ernst Eduard Hirsch, der 1933 Deutschland verlassen hatte, als Rektor der Freien Universität unmittelbar für die Namensgebung mitverantwortlich. Staadt behauptet, angesichts von Hirschs Vita sei die Annahme ‚unhaltbar‘, das Gebäude sei nach ‚dem Antisemiten‘ Henry Ford benannt worden. Doch dies ist ein lediglich identitäres Argument, das zudem heutige Standards auf die fünfziger Jahre überträgt.“ Interessant, das ausgerechnet von Umbenennungsaktivisten zu hören, die mit heutigen Standards die Geschichte vermessen und zu wissen meinen, woran heutige „Passantinnen und Passanten“ wohl denken, wenn sie am Henry-Ford-Bau vorüberlaufen. Diese würden nämlich, meinen Bennewitz und Hollnagel, „an den berühmten Autofabrikanten – und Antisemiten – denken, unabhängig davon, welcher Ford nun tatsächlich ‚gemeint war‘. Mit dieser Assoziation wird man auch schon zur Zeit der Benennung gerechnet haben müssen.“ Es sei deswegen wahrscheinlich, „dass entweder Henry Ford der Namenspatron war oder bewusst offen bleiben sollte, welcher Ford gemeint war“.

Es war außerdem nicht „allein Ernst Eduard Hirsch“ für die Namensgebung verantwortlich, wie Bennewitz und Hollnagel behaupten. An der Sitzung des Akademischen Senats der FU nahmen u. a. folgende Professoren teil: der Philologe und Prorektor Georg Rohde (1935 Emigration mit seiner jüdischen Frau in die Türkei), der Historiker Hans Herzfeld (1938 Verlust der Lehrbefugnis und des Professorentitels wegen seines jüdischen Großvaters Ludwig Herzfeld), der Physiker Hans Lassen (1935 wegen seiner jüdischen Frau als Professor in Heidelberg entlassen). Auch zwei ehemalige NSDAP-Mitglieder, die über ihre Vergangenheit schwiegen, stimmten für die Namensgebung, der Mediziner Gerhard Joppich und der Wirtschaftswissenschaftler Karl Thalheim.

Recht freihändig gehen die beiden Autoren in ihrem *jungle.world*-Setzkasten auch mit anderen Rückblicken auf angebliche Versäumnisse des Umgangs mit dem alten Henry Ford in der frühen Bundesrepublik um, wenn sie schreiben, „keiner der im World Biographical Information System verzeichneten Einträge zu Henry Ford aus den Jahren vor 1980“ führe „dessen Antisemitismus an“. Das ist mindestens schlecht recherchiert, wenn nicht Absicht. Für das 1971 bei Bertelsmann erschienene „Lexikon des Judentums“ trifft die Behauptung nicht zu. Der Lexikoninhalt wird freilich, wie den Anmerkungen des World Biographical Information Systems zu entnehmen ist, aus urheberrechtlichen Gründen nicht online angezeigt. Auch wenn Recherchen digital easy vonstattengehen, sollten Druckwerke als Quelle nicht ganz außer Acht gelassen werden. Lange vor 1980, nämlich 1963, erschien Ernst Noltes viel gelesene Studie „Der Faschismus in seiner Epoche. Action française – Italienischer Faschismus – Nationalsozialismus“. Darin erwähnt Nolte ausdrücklich Henry Ford und die Textsammlung „The International Jew“ als eine der Inspirationsquellen für Dietrich Eckarts und Hitlers Antisemitismus.⁶

Doch nun von der *jungle.world* zurück zur den Geisteswissenschaften in der *F.A.Z.*-Beilage: „Ein kontrafaktisches Argument Staadts ist besonders problematisch“ meint Frau Kemmerer. Der Verweis „auf die seit langem bekannten Biographien der an der Taufe des Henry-Ford-Baus beteiligten Verantwortlichen“ sei unzureichend, „um es als undenkbar hinzustellen, dass diese Personen angesichts ihrer Lebenswege mit einer Ehrung des Autors des Bestsellers ‚The International Jew‘ hätten einverstanden gewesen sein können.“ Wenn man aber dem FU-Rektor Ernst Eduard Hirsch „mit Staadt unterstellt, dass Distanzierung von Antisemiten für einen zurückgekehrten Überlebenden die oberste Maxime gewesen sei, entsteht die Schwierigkeit, dass der Rektor zweifellos mehr hätte tun müssen, um wirklich jeden Gedanken an Henry Ford I (der Welt als Henry Ford bekannt) abzuwehren. Warum heißt der Bau nicht Henry-Ford-II-Bau, analog zur Henry Ford II Lobby der Automotive Hall of Fame, zum Henry Ford II Chair in International Management an der UCLA und zur Henry Ford II High School in Sterling Heights, Michigan?“ Die zuletzt zitierte Passage entspricht fast wörtlich der Argumentation von Patrick Bahners in einer Email an den Autor dieses Beitrages. Vielleicht erklärt das die Verwendung des Reflexivpronomens der 1. Person in Frau Kemmerers *F.A.Z.*-Beitrag, „dass uns Staadts Aufsatz ebenso wie dessen in der Tagesspiegel-Beilage der FU vom 5. Dezember 2020 veröffentlichte Zusammenfassung, die auch auf der Website der FU zugänglich ist, entgangen war“. Wieso allerdings ein Verweis auf die an der Namensgebung beteiligten Emigranten jüdischer Herkunft ein „kontrafaktisches“, also der Wirklichkeit nicht entsprechendes Argument sein soll, erklärt Frau Kemmerer nicht. Noch erstaunlicher als die Kongruenzen zwischen der E-Mail von Patrick Bahners vom 21. März 2021 und dem *F.A.Z.*-Beitrag Alexandra Kemmerers vom 9. Juni 2021 ist die parallel zum *jungle.world*-Text der Umbenennungsaktivisten verlaufende Argumentation von Frau Kemmerer.

War vom Antisemitismus keine Rede?

Unter der Zwischenüberschrift „Vom Antisemitismus keine Rede“ schreibt die Autorin, die „an der FU in advokatorischem Duktus vorgetragene historische ‚Beweisführung‘“ verkennt, wie Bennewitz und Janik Hollnagel dargelegt haben, „dass Fords Antisemitismus in der frühen Bundesrepublik so gut wie gar nicht rezipiert wurde“. Sie verdeckt die komplexen Interessenlagen der ersten Nachkriegsjahrzehnte, in denen sich Täter und

⁶ Siehe Ernst Nolte: Der Faschismus in seiner Epoche. Action française, italienischer Faschismus, Nationalsozialismus. München 1963, S. 404 u. 599.

Opfer, Verfolgte und Verfolger, Mitwisser und Dissidenten in Konstellationen wiederfanden, die Vergangenes dem Ziel des Wiederaufbaus und der Verankerung Deutschlands im westlichen Lager unterordneten. Sie verstellt den Blick auf die spannungsreichen Biographien vieler wissenschaftspolitischer Akteure der Frühphase des Kalten Krieges, die als jüdische Emigranten und Opfer des Nationalsozialismus das allfällige ‚kommunikative Beschweigen‘ (Hermann Lübke) in Kauf nahmen.“ Ob „Fords Antisemitismus in der frühen Bundesrepublik so gut wie gar nicht rezipiert wurde“, ist fraglich. In der *Süddeutschen Zeitung* schrieb Wilhelm Emanuel Süsskind am 23. Mai 1953 anlässlich der Eröffnung der „Ford Motor Company Archives“ über Henry Ford als „Autokönig und Fließbandmagnat, Pazifist zu einer Zeit, Antisemit zu einer anderen Zeit seines Lebens, immer aber Realist, wie er selber glaubte“. Das *Neue Deutschland* der SED polemisierte am 14. August 1952 unter der Überschrift „Ford-Stiftung finanziert Terror und Spionage“, ein „Ost-Europa-Fonds“ des Nationalkomitees für ein freies Europa werde mit Geldern aus der Ford-Stiftung finanziert, „die von dem berüchtigten Antisemiten und Kommunistenhasser, dem verstorbenen Henry Ford, gegründet wurde“. Doch selbst wenn Fords Antisemitismus in der frühen Bundesrepublik „so gut wie gar nicht rezipiert“ worden wäre, war er natürlich dem in die Namensgebung Einbezogenen Personenkreis wie Franz Leopold Neumann, Shepard Stone oder Ernst Eduard Hirsch nicht aus dem Gedächtnis verschwunden. Immerhin waren „The International Jew“ ebenso wie Fords Autobiographie Bestseller.

Wenn Frau Kemmerer in Ihrem Artikel auf „die Ambivalenzen dieser Zeit“ verweist, die sie durch die Biographie des 1897 in Karlsruhe geborenen Heinrich Kronstein „illustriert“ sieht, der aus der Emigration zurückgekehrt an der Frankfurter Universität mit Mitteln der Ford Foundation einen wirtschaftsrechtlichen Schwerpunkt aufgebaut hatte, berührt das die Frage der Namensgebung des Henry-Ford-Baus ebenso wenig wie ihre darauf folgende Hypothese: „Der persönliche Preis, der dabei vielfach für Schweigen und Kompromiss gezahlt wurde, erschließt sich mitunter nur aus privaten Korrespondenzen und Tagebüchern. In wissenschaftlichen Veröffentlichungen und den Akten der Institutionen ist er weitgehend unsichtbar geblieben. Eine allein mit solchen Quellen versuchte Klärung wird in manchen Fällen Zweifel bestehen lassen oder sogar vermehren.“ Die meisten an die Freie Universität zurückgekehrten Emigranten haben gerade nicht geschwiegen, sondern in ihren Lehrveranstaltungen Nationalsozialismus und Antisemitismus thematisiert.

Am Ende ihres Beitrages meint Frau Kemmerer, der Henry-Ford-Bau sei „Zeugnis jener komplexen wissenschaftlich-kulturellen ‚Parapolitics‘, die in den globalen Kampfzonen des Kalten Krieges die Vorherrschaft des Westens festigen sollten“. Die Auffassung, dass die Freie Universität Berlin ein Geschöpf der Parapolitik des amerikanischen Geheimdienstes CIA sei, begleitet sie seit ihrer Gründung. Staatssekretär Erich Mielke schrieb am 31. Mai 1951 in der Dienstanweisung Nr. 10/51 über die Freie Universität: „Hier werden zum Studium nur solche Personen zugelassen, die der Prüfungskommission, in der sich auch ein ständiger Vertreter der ‚Hildebrandt-Gruppe‘ befindet und deren andere Kommissionsmitglieder inoffiziell für die westlichen Geheimdienste arbeiten, die Gewähr bieten, daß diese reaktionär eingestellt, der DDR feindlich gesinnt und zur Agententätigkeit zu verwenden sind oder schon feindliche Handlungen gegen die DDR begangen haben und auch als Agenten sich bereits betätigen.“⁷ Auch in neueren verschwörungstheoretischen Ausarbeitungen wird der Ford Foundation bescheinigt, sie sei „eine philanthropische Fassade des CIA“ [sic!].⁸

7 Erich Mielke: Dienstanweisung Nr. 10/51 v. 31. Mai 1951. BStU, MfS-BdL, Dok. Nr. 002014.

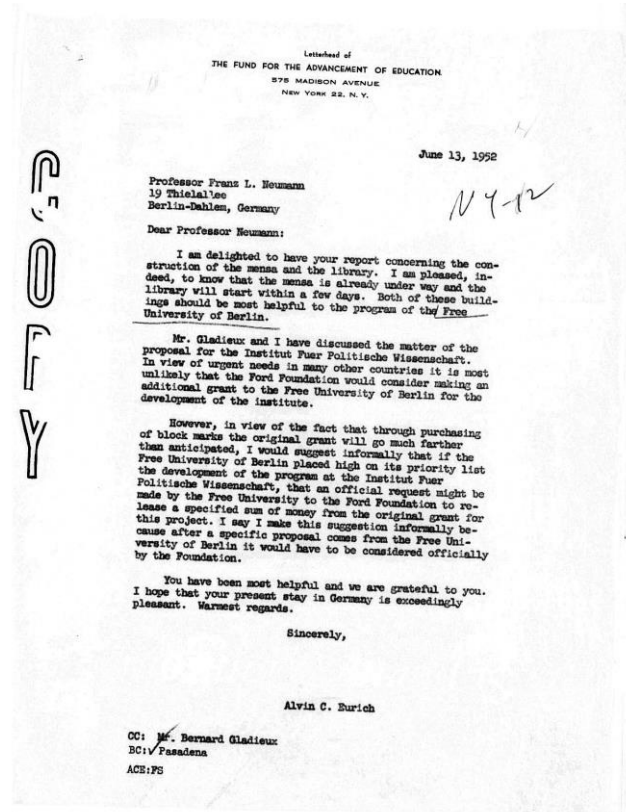
8 Paul Labarique: Die Ford Foundation, eine philanthropische Fassade des CIA. <https://www.voltaire-net.org/article190750.html>.

Im neuen von Alexandra Kemmerer vorgeschlagenen Narrativ soll der Henry-Ford-Bau dieses nun als „Zeugnis jener komplexen wissenschaftlich-kulturellen ‚Parapolitics‘“ auch noch bezeugen. Dazu wünscht sie ebenso wie Patrick Bahners „eine sichtbare Dokumentation am Ort“, aber keine Umbenennung des Gebäudes. Diese „würde die Konstellationen und Widersprüchlichkeiten dieser Zeit unsichtbar machen und eine falsche Eindimensionalität historischer Entwicklungen suggerieren“. Zu beachten sei jedoch, „dass es den Namensgebern von 1954 nie um die ‚Würdigung‘ oder ‚Ehrung‘ einer einzelnen Person ging, die als besonders exemplarisch herausgestellt werden sollte. Zentraler Gedanke war, dieses Urteil stützen die Archivrecherchen, die Anerkennung einer Kooperation, einer transatlantischen wissenschaftspolitischen Vernetzung, für die der Name Ford stand – und für die der Name der Freien Universität Berlin heute wohl immer noch steht. Die reiche, mitunter auch widersprüchliche Geschichte der FU verdient darum mehr als Polarisierung und Apologetik: Akten, die nicht nur präsentiert, sondern auch kontextualisiert und diskutiert werden.“ Ja sicher doch, aber trotz abschweifenden Kontextualisierung und ausschweifender Diskussion bleiben nun mal die Fakten aus den Akten, und die sind im Vorgang der Namensgebung des Henry-Ford-Baus eindeutig.

Der Taufpate war Franz Leopold Neumann

Alexandra Kemmerers Behauptung, zurückgekehrte jüdische Emigranten hätten „das allfällige ‚kommunikative Beschweigen‘ (Hermann Lübbe) in Kauf“ nehmen müssen, trifft für die Freie Universität und die Deutsche Hochschule für Politik (DHfP) nicht zu. Das wird aber in ihrem Artikel an keiner Stelle erwähnt. Die Tatsache, dass Franz Leopold Neumann, der gerade nicht bereit war einen ‚persönlichen Preis‘ für „Schweigen und Kompromiss“ zu zahlen, den Anstoß zur Namengebung des Henry-Ford-Baus gab, verhüllte die Autorin in ihrem ersten F.A.-Z.-Artikel in die Formulierung, „im Sommer 1952 hatte es aus dem Kreis des Kuratoriums der FU eine zunächst vertagte Initiative gegeben, das Auditorium maximum nach Henry Ford II zu benennen“. Es passt ganz offenbar nicht ins Bild, dass der Vorschlag von Neumann stammte, der dem Kuratorium überhaupt nicht angehörte. Der Name des Henry-Ford-Baus stehe „für eine Sache“ und nicht für eine Persönlichkeit, behauptet die Autorin, obwohl die Sachlage eindeutig ist, insbesondere durch die Person Franz Leopold Neumanns, der mit seinem Vorschlag die Weichen zur Namensgebung des Henry-Ford-Baus stellte.

Alexandra Kemmerer unterbreitet ihre These, es sei der FU 1954 nicht um die Würdigung oder Ehrung einer Person gegangen, unter Auslassung des ihr bekannten Dokuments, aus dem Neumanns Vorschlag hervorgeht. Er sprach laut der Gesprächsnotiz



Fritz von Bergmanns ausdrücklich von einer „Gelegenheit, die Stifter zu ehren“ und benannte namentlich Henry Ford, Paul G. Hoffmann und Robert Maynard Hutchins. Der Akademische Senat der Freien Universität bezog sich bei seiner Entscheidung zur Namensgebung am 3. März 1954 wortwörtlich auf Neumanns Anregung, mit dem Gebäude Persönlichkeiten der Ford-Stiftung zu würdigen und entschied sich für den lebenden Henry Ford als alleinigen Namenspatron, denn er war der Hauptverantwortliche für die Spende. Shepard Stone, zu dieser Zeit Direktor der Abteilung für internationale Angelegenheiten in der Ford Stiftung, traf zur Einweihung des Gebäudes in Berlin ein, da ihm während der Eröffnungsfeier die Ehrendoktorwürde der FU verliehen werden sollte. Einen Tag vor der feierlichen Namensgebung erhielt er von Fords persönlichem Referenten Forrest Murden ein Telegramm, in dem ihm mitgeteilt wurde, Henry Ford sei über die geplante Namensgebung informiert und gebeten worden, sich sofort telegrafisch an Stone zu wenden, falls er damit nicht einverstanden wäre.

Neumann wusste, warum er sich mit großem persönlichem Einsatz für eine Universität engagierte, in der akademische Mitläufer des Nationalsozialismus oder gar Mittäter nicht erwünscht waren.⁹ Hier boten sich im Unterschied zu den westdeutschen Hochschulen wesentlich bessere Möglichkeiten zu einem demokratischen Neuanfang. Die neu gegründete Freie Universität stand in keiner institutionellen Kontinuität mit dem nationalsozialistisch geprägten Hochschulwesen. Sie grenzte sich in ihren Gründungsdokumenten von der nationalsozialistischen und kommunistischen Gleichschaltung der Universitäten ab. Sie bot sich von Beginn an Verfolgten des Nationalsozialismus und des Kommunismus als neue akademische Heimstadt an. In mehreren Gutachten setzte sich Neumann bei der Ford Foundation für die Förderung der FU ein, die er als „most promising university in all of Germany“ klassifizierte. Deziidiert beurteilte er in seinen



Franz Leopold Neumann im Gespräch mit Eva Heilmann, der Tochter des im Konzentrationslager Buchenwald ermordeten Reichstagsabgeordneten Ernst Heilmann (SPD). Eva Heilmann gehört als eine von drei Frauen im Juni 1948 dem „vorbereitende Ausschuss zur Gründung einer freien Universität“ an
Quelle: James F. Tent

Momoranden auch das Lehrpersonal an der FU. So hob er in einem Memorandum vom 21. Februar 1952 hervor, die juristische Fakultät der FU sei die einzige in Deutschland, in der „not a single professor was a member of the Nazi party“.¹⁰ Zugleich setzte er sich kritisch mit seiner Meinung nach belasteten Bereichen auseinander. Andererseits hielt er die Entwicklung der Ost-Europa-Studien für problematisch, insbesondere die Russlandstudien „are in the west of Germany controlled by ex-Nazis“. An der Freien Universität beunruhigte ihn namentlich „Professor Thalheim who during the Nazi Period publicly,

⁹ Von den rund 30 Professoren, die im Wintersemester 1948/49 an der FU lehrten, hatten 7 der NSDAP angehört. Sie waren bei ihrer Einstellung an die FU als Mitläufer eingestuft worden. Siehe hierzu James F. Tent: Freie Universität Berlin 1948–1988. Eine deutsche Hochschule im Zeit-geschehen, Berlin 1988, S. 283.

¹⁰ Report of Franz L. Neumann, on The State of Social and Political Science in Western Germany dated February 21, 1952, S. 3. Rockefeller Archive Center, Ford Foundation records, Grants S-Thel (FA732G), Reel R0489.

particular in his contribution to the Propylaeen World History, advocated German imperialist ideas as against the Slav world“, sowie „the influence of the nationalistic and reactionary Professor De Boor“ in der Germanistik.¹¹

Dr. v. B./Kr.
Andi wa

Magnifizenz
 Professor Dr. Franz v. Kress
 Mannstr. 4

Ihrer Magnifizenz!

In einem Gespräch mit Professor Dr. Franz Neumann meinte dieser, man solle erwägen, ob man nicht einige Hörsäle des neuen Gebäudes nach Persönlichkeiten der Fordstiftung benennen soll, evtl. das Auditorium maximum als Henry Ford-Saal und zwei andere Hörsäle nach Mr. Hoffmann und Mr. Hutchins; er sei gegen Ehrendekorationen für diese Fälle, aber hier sei nach seiner Meinung eine Gelegenheit, die Stifter zu ehren; natürlich müssten die Herren vorher gefragt werden.

Ich teile dies vorläufig mit, damit es bei Gelegenheit zur Sprache kommt.

Ihre ehrengewohne
dekt
Dr. v. B. / Kr.

Protokoll
 der ordentlichen Senatssitzung vom 3. März 1954
 Beginn 16,15 Uhr, Ende 19,25 Uhr

Anwesende: Magnifizenz Hirsch
 Prorektor Rohde
 Prof. Fischer
 Prof. Blomeyer
 Prof. Tillmann
 Prof. Behrens
 Prof. Herzfeld
 Prof. Lassen
 Prof. Joppich
 Prof. Gehler als Protokollführer
 Prof. Ackermann
 Prof. Thalheim
 Prof. Heward
 Franz Referendar Melzer
 stud. rer. nat. Grantze
 Prof. Lautsch fehlte krankheitsbedingt entschuldigt.

1) Das Protokoll der Senatssitzung vom 10. Februar 1954 wurde in Umlauf gegeben und gebilligt.

2) Benennung von Hörsälen im Auditorium maximum nach bestimmten Persönlichkeiten

Der Senat beschließt, dass das Gebäude des Auditorium maximum im ganzen den Namen "Henry-Ford-Bau" tragen soll.

Die Hörsäle sollen vorläufig nur mit Ziffern versehen werden. Von der Benennung der Hörsäle nach bestimmten Persönlichkeiten wird vorerst Abstand genommen.

Vor allem aber sahen Neumann und die mit ihm verbundenen Remigranten in der Etablierung der Politischen Wissenschaft eine große Chance, Persönlichkeiten für die Institutionen und Parteien der jungen Bundesrepublik heranzubilden, die von einem anderen Geist beseelt sein würden, als die Mehrheit der studentischen Jugend in den späten 20er und frühen 30er Jahren.¹² Das mit der FU verbundene Institut für politische Wissenschaft war gewissermaßen ihr Kind und es war zu diesem Zeitpunkt, wie Franz Leopold Neumann der Ford Foundation schrieb, „the only political science research institute in Germany“.

Franz Leopold Neumann hatte sich im amerikanischen Exil mit den deutschen Verbrechern an den europäischen Juden auseinandergesetzt und in New York mit Ossip K. Flechtheim, Otto Kirchheimer, Arkadius Gurland und Herbert Marcuse an einer sozialhistorisch und klassenanalytisch angelegten Studie über den Nationalsozialismus gearbeitet. Aus diesem Forschungskontext entstand seine 1943 veröffentlichte Studie „Behemoth – The Structure and Practice of National-Socialism“. Neumann schrieb 1944: „Die auf Befehl der Nazis von immer breiteren Schichten des deutschen Volkes praktizierte Verfolgung der Juden verwickelt diese Schichten in eine kollektive Schuld. Die Teilnahme an einem so ungeheuren Verbrechen wie der Ausrottung der Ostjuden

11 Report of Franz Neumann, Professor of Government, Columbia University, on the Free University and other institutions of higher learning in Berlin, Germany. 19. September 1952, S.7 u. 11. Rockefeller Archive Center, Ford Foundation records, Grants S-Thel (FA732G).

12 Vgl. hierzu Tilmann Fichter/Siegward Lönnendonker: Die Remigration der Politischen Wissenschaft. Historisch-empirische Politikforschung in Berlin. ZfD 23/2008, S. 136–155. Im Internet zugänglich unter: <https://zeitschrift-fsed.fu-berlin.de/index.php/zfsed/article/view/279/264>. / Hubertus Buchstein: Ernst Fraenkel, Otto Suhr und Franz L. Neumann. Die Entstehung der neopluralistischen Demokratietheorie an der Freien Universität Berlin. ZfD 24/2008 S. 40–56. Im Internet zugänglich unter: <https://zeitschrift-fsed.fu-berlin.de/index.php/zfsed/article/view/289/274>.

macht die deutsche Wehrmacht, das deutsche Beamtentum und breite Massen zu Mittätern und Helfern dieses Verbrechens.“¹³ Mit seinen Weggefährten aus dem Exil fühlte er sich vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis verpflichtet, einen Beitrag zur demokratischen Reorganisation seines Heimatlandes zu leisten. Deswegen ersuchte er die Ford Foundation um die Unterstützung von Remigranten: „A very difficult problem is the return of American refugee scholars to Germany. This is particularly the case with Professor Neumayer, Dr. Fraenkel, and Dr. O. K. Flechtheim (formerly Colby College) who would like to stay in Berlin for longer periods.“ Da die deutschen Gehälter durch die Wechselkurse erheblich von den in den Vereinigten Staaten gezahlten Entgelten abwichen, sollte für eine Übergangszeit ein spezieller Fond geschaffen werden, der es den Remigranten erlaube, ihre noch bestehenden finanziellen Verpflichtungen in den Staaten zu erfüllen.

Die Erwartungen der Remigranten in die neue politische Demokratiewissenschaft haben sich erfüllt. Absolventen des Studiengangs gehörten in den 50er und 60er Jahren zu jener studentischen Generation, die sich gegen das Beschweigen der Vergangenheit aufgelehnt hat. Im Gegensatz zur Behauptung Kemmerers setzten sich Lehrende und Lernende an der Freien Universität in den frühen 50er Jahren intensiv mit dem Nationalsozialismus und Antisemitismus auseinander, wie folgende Ereignisdaten und einschlägige Lehrangebote belegen.

Zum Problembewusstsein der FU-Gründer über NS-Zeit und Antisemitismus.

1. Dezember 1948

Die zur Gründung eines Senats der Freien Universität versammelten Dekane und Prodekane erklären den wegen seiner nationalsozialistischen Vergangenheit von französischer Besatzungsmacht und verschiedenen Seiten angegriffenen Dekan der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, Prof. Dr. Albrecht Forstmann, für beurlaubt.

9. April 1949

Der AStA der FU fordert den Dekan der rechts- u. wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, Prof. Albrecht Forstmann zum endgültigen Amtsverzicht auf, da er den Posten eines Dekans nicht ausfüllen könne.

25. Juli 1949

Der Vorsitzende des Kuratoriums der Freien Universität Berlin, Oberbürgermeister Ernst Reuter, entläßt Prof. Forstmann aus dem Universitätsdienst.¹⁴

7. Dezember 1950

Die jüdische Gemeinde von Berlin, der Landesverband Berlin im VDS und der Schriftsteller Wolf-Dietrich Schnurre protestieren beim Magistrat und beim Oberbürgermeister

¹³ Franz L. Neumann: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944. Köln 1977, S. 583. Hrsg. und mit einem Nachw. von Gert Schäfer: Franz Neumanns Behemoth und die heutige Faschismuskritik.

¹⁴ Siehe hierzu ausführlich den Artikel von Heinz Rieter: Die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche bzw. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät im ersten Jahrzehnt der Freien Universität Berlin; in: Karol Kubicki/Siegward Lönnendonker (Hrsg.): Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte der Freien Universität Berlin Bd. 7, Göttingen 2015, S. 137 f. Rieter behandelt in seinem Beitrag ausführlich den sogenannten Kleikamp-Ausschuß, der im Juli 1948 zu Gründung einer rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät eingesetzt wurde; benannt nach Karl Ferdinand Kleikamp (SPD), 1934 nach dem „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ aus dem preußischen Innenministerium entlassen. Dem Kleikamp-Ausschuß gehörten überwiegend Gegner und Verfolgte des NS-Regimes an. Siehe Heinz Rieter S.126–136. Rieter beschreibt auch die Auseinandersetzung um zwei an die rechtswissenschaftliche Fakultät berufene Professoren mit NS-Vergangenheit (Friedrich Bülow und Erich Kosiol).

Prof. Reuter gegen ein Gastspiel des Schauspielers Werner Krauss. Krauss war Hauptdarsteller des antisemitischen Propagandafilms „Jud Süß“, von Veit Harlan. Der Regisseur Fritz Kortner bricht aus Protest seine Don Carlos-Inszenierung im Hebbel-Theater ab, um sich nicht „zum Komplizen einer kleinen Gruppe von Antisemiten“ zu machen.

8. Dezember 1950

Bei einer Demonstration, zu der alle Studenten Berlins aufgerufen worden sind, durchbrechen Demonstranten mehrere Polizeiketten, zertrümmern die Glastüren des Foyers des Theaters am Kurfürstendamm und verlangen die Absetzung des Gastspiels des Wiener Burgtheater-Ensembles mit Werner Krauss. Die Berliner Schutzpolizei setzt Wasserwerfer und Holzknüppel ein. Auf Wunsch der Mehrheit der Zuschauer wird die Aufführung fortgesetzt. Am 11. Dezember bricht das Burgtheater jedoch nach weiteren Protesten das Gastspiel ab.

13. Dezember 1950

Auf einer Studentenvollversammlung des Landesverbandes Berlin im VDS erklärt der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Heinz Galinski in der TU seine Überzeugung, daß die Berliner Studenten keine Antisemiten seien.

14. Februar 1951

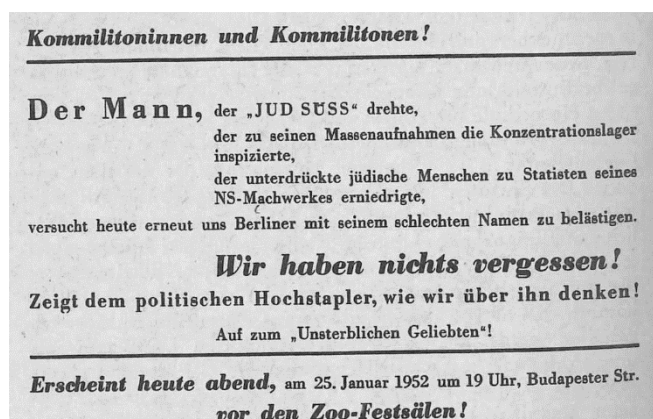
Auf seiner 7. Sitzung beschließt der 2. Konvent ein Verbot von Vereinigungen, „die den Antisemitismus verbreiten, fördern oder billigen“.

20.7.1951

Gedenkstunde der FU für Professoren und Studenten, die dem nationalsozialistischen und stalinistischen Terror zum Opfer fielen. Auf der vom RIAS übertragenen Veranstaltung sprechen Inge Scholl (Schwester von Sophie Scholl), der Regierende Bürgermeister Ernst Reuter, der Bundestagsabgeordnete Herbert Wehner (SPD, Vorsitzender des gesamtdeutschen Bundestagsausschusses), FU-Rektor Freiherr Kress von Kressenstein und Dietrich Spangenberg (SPD, Vorsitzender des Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen).

24. Oktober 1951

Auf seiner 20. Sitzung schließt sich der 2. Konvent „von ganzem Herzen der ‚Aktion Frieden mit Israel‘ an“.



Die angesprochenen an der FU wußten, wer mit „Der Mann, der ‚JUD SÜSS‘ drehte“ gemeint war.

Protestaktion gegen die Aufführung des Veit-Harlan-Filmes „Unsterbliche Geliebte“.

Abbildung aus FU-Dokumentation Bd. II.

Ende Wintersemester 1951/52

Umfrage unter 50 Studenten der philosophischen Fakultät: „Die Universität im Urteil ihrer Studenten“. Frage: Soll die Studentenvertretung zu den Fragen des öffentlich-politischen Lebens Stellung nehmen, zu welchen Fragen des öffentlich-politischen Lebens Stellung genommen werden soll. 80 Prozent stimmen für eine Stellungnahme der Studentenvertretung zu den Fragen des öffentlichen Lebens. 20 Prozent erblicken darin eine Überschätzung des Aufgabenbereiches. Die Zustimmenden nennen folgende Beispiele: Korporationswesen (27,5%), Antisemitismus (20,8%), Wehrbeitrag (8,8%),

Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer (6,6%), Wahlrechtsreform (2,2%), Kulturpolitik (8,8%), Ostprobleme (7,6%), Jugendprobleme (4,4%), Arbeitslosenprobleme (2,2%), Übergriffe der Besatzungsmächte (1,1%).

16. Februar 1955

Auf seiner 8. Sitzung lehnt der 6. Konvent der FU den Antrag des Vereins deutscher Studenten' (VDST) auf Zulassung an der FU wegen Verdachts des Antisemitismus ab.

Die erste Deutsch-Israelische Studiengruppe (DIS) gründete sich 1957 an der Freien Universität Berlin auf Betreiben des evangelischen Theologen und christlichen Sozialisten Helmut Gollwitzer.

6. Juli 1959

Der 10. Konvent (Studentenparlament) der FU begrüßt die von Reinhard Strecker initiierte Unterschriftensammlung für zwei Petitionen an den Deutschen Bundestag zum Thema NS-Juristen und KZ-Ärzte. Er bedauert das Verbot des Rektors, diese Unterschriftensammlungen in allen Gebäuden der Freien Universität durchzuführen.

27. November 1959

Die Karlsruher SDS-Gruppen eröffnen in der dortigen Stadthalle die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“, die von Reinhard Strecker, unterstützt von der FU-Hochschulgruppe des SDS und der „Deutsch-Israelischen Studiengruppe“ (DIS), vorbereitet wurde.

8. Januar 1960

Die Studentenvertretung der Fachschaft Politologie (OSI) verurteilt die „Umtriebe neonazistischer Kreise“, die deutsche Jugend müsse „weit mehr als bisher über die historischen, sozialen und kulturellen Hintergründe der antisemitischen und rechtsradikalen Bewegung informiert werden“. Am Abend folgen über 10 000 Jugendliche und Studenten einem Aufruf des Landesjugendrings Berlin zu einem Schweigemarsch gegen die antisemitischen Synagogenschmierereien. Sie führen Transparente „Gegen Rassenhaß“ und „Keine Nazis in den Hörsälen“ mit sich.

8. Februar 1960

Der 11. Konvent begrüßt die vom SDS geplante Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“. Reinhard Strecker, der Initiator der Ausstellung, berichtet, dass der persönliche Referent des Justizsenators ihm angedroht habe, jedes Mittel anzuwenden, um diese Ausstellung in der FU zu verhindern. Die Galerie Springer präsentiert am Berliner Kurfürstendamm eine erweiterte Fassung der Ausstellung. Die Veranstalter, der SDS, der Liberale Studentenbund und die DIS mussten dorthin ausweichen, nachdem die Freie und die Technische Universität ihnen auf Druck des Berliner Senats unter Willy Brandt keine Räume

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

MITTEILUNGEN FÜR DOZENTEN UND STUDENTEN

NUMMER ACHTZEHN

1. AUGUST 1952



Rektor und Senat WAHL DES REKTORS

Professor Dr. Georg Rohde, Ordinarius für Klassische Philologie an der Freien Universität, ist am 23. Juli 1952 zum Rektor für das am 15. Oktober beginnende Universitätsjahr gewählt worden. Der bisherige Rektor, Professor Dr. Hans Freiherr von Kreß, ist im kommenden Universitätsjahr Prorektor.
Professor Rohde ist 1899 in Berlin geboren, besuchte dort das Graue Kloster, war Schüler von U. v. Wilamowitz-Möllendorf und Edouard von Norden, später in Marburg von Paul Friedländer. 1931 habilitierte er sich mit einer Arbeit über die „Kultsatzung der römischen Pontifices“. 1935 verließ er Deutschland und nahm die Professur für lateinische und griechische Sprache an der Universität Ankara an. Die Türkei verdankt ihm die Entwicklung der Fächer der klassischen Philologie und die Einführung des Lateinischen als Unterrichtsfach in den Lehrplan der türkischen höheren Schulen. Professor Rohde hat bereits in den letzten beiden Jahren das Dekanat der Philosophischen Fakultät der Freien Universität geführt.

ENTSCHEIDUNG

Der Senat der Freien Universität hat in seiner Sitzung vom 5. Juli 1952 beschlossen, daß es mit der Zugehörigkeit als Student an der Freien Universität nicht vereinbar ist, einer Vereinigung anzugehören, die

- gegen die Völkerverständigung wirkt,
 - totalitäre Ziele erstrebt und billigt,
 - Methoden anwendet, eppfiehlt oder billigt, die der freiheitlichen Demokratie widersprechen,
 - den Antisemitismus betreibt, fördert oder billigt,
 - neofaschistische Tendenzen verfolgt,
 - das Ansehen der Universität schädigt,
 - das Prinzip der Satisfaktion mit der Waffe vertritt oder Maßnahmen schlägt,
 - auf Grund akademischer Zugehörigkeit eine Höherwertigkeit der Ehre in Anspruch nimmt.
- Den weiteren hat der Senat der Freien Universität erneut bestätigt, daß das Tragen von Farben für Studenten der Freien Universität untersagt ist
- in den Räumen und auf den Grundstücken der Universität, bei Gelegenheit von Veranstaltungen von Hochschulen oder sonst im Hochschulbereich,
 - öffentlich demonstrativ.

logem auszufüllen und abzugeben. Die Studierenden brauchen auf diesem Fragebogen ihren Namen und ihre Matrikelnummer nicht anzugeben.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nur beim Vorliegen der vorstehend angegebenen Voraussetzungen der Weitersemestempel 1952/53 im Studentenausweis und der Wintersemester im Studienbuch erteilt werden kann und erst damit die Berechtigung zum Weiterstudium gegeben ist. Studentenausweise ohne Wintersemesterstempel 1952/53 werden ab 1. Oktober 1952 ungültig und sind dem Immatrikulationsbüro zurückzugeben.

Studierende, welche die obengestellte Frist zur Rückmeldung aus Krankheits- oder anderen wichtigen Gründen nicht einhalten können, haben dieses dem Immatrikulationsbüro bis spätestens 30. September 1952 schriftlich anzuzeigen. Nur in diesem Falle wird die Frist bis zum 15. November 1952 verlängert.

Wird der Antrag auf Fortsetzung des Studiums nicht fristgerecht gestellt, muß angenommen werden, daß der Studierende sein Studium an der Freien Universität nicht mehr fortzusetzen wünscht. In diesem Falle erfolgt, wenn bis zum Schluß des Sommersemesters 1952 keine Exmatrikel beantragt wird, die Streichung aus den Listen der Studierenden von Amts wegen. Wegen der angeordneten Zulassungsbeschränkungen an der Freien Universität muß im Interesse der hohen Zahl der Studienbewerber über jeden Studienplatz, der durch die unterlassene Rückmeldung als frei geworden gilt, ab 1. Oktober 1952 anderweitig verfügt werden.

Es können somit Rückmeldungen nach dem 30. September 1952 nicht mehr angenommen werden, weil der Studienplatz inzwischen an einen anderen Studienbewerber vergeben wurde.

Jeder Studierende wird daher zwecks Vermeidung der sich für ihn aus der Nichtbeachtung dieser Anordnung ergebenden nachteiligen Folgen nochmals dringend gebeten, die gestellte Frist zur Rückmeldung unbedingt einzuhalten.

Universitätsbibliothek BUCHERSPENDE

Auf Grund einer Spende der Rockefeller Foundation in Höhe von 20 000 Dollar ist bei der Universitätsbibliothek die erste Bücherlieferung für etwa 13 000 Dollar eingegangen. Die Lieferung geht auf Bestellungen der Juristischen, der Philosophischen und der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät sowie des Osteuropa-Institutes zurück. Die Aufnahme der Bücher für den Gesamtbestand und die Verteilung auf die Institute durch die

zur Verfügung gestellt hatten. Dem Ausstellungskuratorium gehörten u.a. die FU-Professoren Ossip K. Flechtheim und Helmut Gollwitzer, Margaritha von Brentano sowie der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Heinz Galinski an.

13./14. Februar 1960

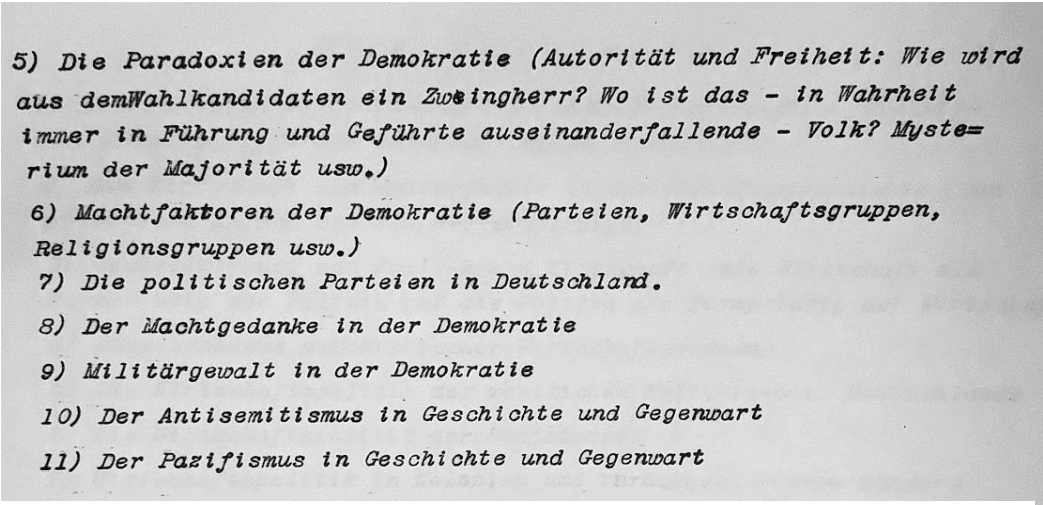
Im Casino des Rathauses Kreuzberg veranstalten die Studentengruppen SDS-Landesverband Berlin, DIS-FU und der Arbeitskreis „Das Argument“ ein politisches Seminar zum Thema „Überwindung des Antisemitismus“. Bürgermeister Willy Kressmann begrüßt die 140 Seminarteilnehmer. Hauptreferenten sind: Dr. Alfred Wiener, Direktor der Wiener Library in London und die FU-Professoren Helmut Gollwitzer, Wilhelm Weischedel, Ossip K. Flechtheim, Michael Landmann und Dietrich Goldschmidt. Die Arbeitsmaterialien des Seminars werden publiziert.

Wintersemester 1960/61

Margherita von Brentano und Peter Furth veranstalten am Philosophischen Seminar der FU eine soziologische Übung zum Thema „Antisemitismus und Gesellschaft“.

Lehrveranstaltungen über jüdische Geschichte und Antisemitismus an der deutschen Hochschule für Politik (DHfP) und der Freien Universität Berlin 1948–1955

Bereits in den Anfangsjahren der DHfP wurde auf Vorschlag von Carl-Dietrich von Trotha das Thema des Antisemitismus in den Kanon der politikwissenschaftlichen Lehre aufgenommen.¹⁵

- 
- 5) *Die Paradoxien der Demokratie (Autorität und Freiheit: Wie wird aus dem Wahlkandidaten ein Zwingherr? Wo ist das - in Wahrheit immer in Führung und Geführte auseinanderfallende - Volk? Mysterium der Majorität usw.)*
 - 6) *Machtfaktoren der Demokratie (Parteien, Wirtschaftsgruppen, Religionsgruppen usw.)*
 - 7) *Die politischen Parteien in Deutschland.*
 - 8) *Der Machtgedanke in der Demokratie*
 - 9) *Militärgewalt in der Demokratie*
 - 10) *Der Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart*
 - 11) *Der Pazifismus in Geschichte und Gegenwart*

Lehrplanung an der DHfP.

- Wather Hofer bot an der Hochschule Lehrveranstaltungen zur Geschichte des Nationalsozialismus an der DHfP und der FU an.
- Karl Dietrich Bracher zur „Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung“.
- Arkadij Gurland über die „Politische Funktion des Antisemitismus (für Fortgeschrittene)“.¹⁶
- Anlässlich Hannah Arendts Berlin-Besuch im Februar 1950 wollte Melvin Lasky im Februar 1950 Hannah Arendt eine ordentliche Professur an der Deutschen

¹⁵ Siehe zu Carl Dietrich von Trotha die Kurzbiografie der Gedenkstätte Deutscher Widerstand unter: https://www.gdw-berlin.de/vertiefung/biografien/personenverzeichnis/biografie/view-bio/carl-dietrich-von-trotha/?no_cache=1

¹⁶ Universitätsarchiv der FU. HfP-Verwaltung, HfP-V, Dig. 2.

Hochschule für Politik schmackhaft machen, worüber sie köstlich amüsiert an Heinrich Blücher schrieb, „damit Du was zu Lachen hast“. Ernst Tillich, der Neffe von Paul Tillich habe sie in sein Seminar an der DHfP geschleppt und „höchst überraschend das Wort erteilt“. Sie habe anderthalb Stunden vor 130 Studenten gesprochen. „War sehr nett. Die Studenten hochzufrieden mit viel Getrappel.“¹⁷

- In der Schriftenreihe der DHfP erschien 1953 von Paul Tillich „Die Judenfrage, ein christliches und ein deutsches Problem“.
- In der Abteilung „Mittelalter und Neuzeit“ des Historischen Seminars – 1951 in Friedrich-Meinecke-Institut umbenannt – bot Adolf Leschnitzer Lehrveranstaltungen zur „Geschichte des Judentums im deutschen Sprachgebiet“, über „Allgemeine jüdische Geschichte 1848 bis 1948“ oder „Repräsentative Gestalten des deutschen Judentums von Moses Mendelssohn bis Leo Baeck (für Hörer aller Fakultäten)“ an.
- Hermann Levin Goldschmidt lehrte in der Philosophischen Fakultät über die „Geschichte der jüdischen Philosophie, Leo Baeck, Franz Rosenzweig, Martin Buber (für Hörer aller Fakultäten)“ sowie über „Hauptschriften des neuzeitlichen Judentums (mit Lektüre)“.

Auch wenn das alles im Vergleich zu heutigen akademischen Antisemitismusedebatten nicht gerade üppig erscheint, so reichte es doch aus, um die studentische Gründungsgeneration der FU für dieses gesellschaftliche Problem zu sensibilisieren und – wie im Falle der Proteste gegen das Wiener Burgtheater-Ensemble mit Werner Krauss – zum Handeln zu bewegen.

VORLESUNGEN UND ÜBUNGEN			
I. Geschichtliche und geographische Grundlagen der Politik			
Vorlesungen:			
Hofer	Di. 18.00—19.30 Fr. 18.00—19.30	Geschichte des Nationalsozialismus und des „Dritten Reiches“	(1)
Berges	Do. 18.00—19.30	Mittelalterliche Grundlagen der modernen Welt	(2)
Schulz	Mo. 19.45—21.15	Wirtschaftliche Wandlungen und politische Massenbewegungen im Zeitalter des Imperialismus	(3)
Bracher	Di. 14.30—16.00	Die Rolle der Reichswehr in der Weimarer Republik	(4)
Schultz	Mi. 16.15—17.45	Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit Beginn der Industrialisierung	(5)
Fels	Mi. 19.45—21.15	Der wirtschaftende Mensch als Gestalter der Erde	(6)
Krüger	Do. 18.00—19.30	Geographische und wirtschaftliche Grundlagen Ostasiens	(7)
Übungen:			
Michaelis	Mi. 16.15—17.45	Aufbau der preußischen Behördenorganisation im 17. und 18. Jahrhundert	(8)
Grothe	Di. 16.15—17.45	Deutsche Flottenpolitik 1898 bis 1914	(9)

Vorlesungsverzeichnis der DHfP 1950.

480	Allgemeine Geschichte im Zeitalter Bismarcks	Di Do	8—10	Dietrich
481	Die Entwicklung des Bolschewismus von 1903 bis 1917	Mi Fr	12—13	Philipp Herzfeld
482	Der Ausgang des ersten Weltkrieges und die Entstehung der Dolchstoßlegende (für Hörer aller Fakultäten)	Di Do	17—19	Philipp
483	Geschichte unserer Zeit: zweiter Weltkrieg und Nachkriegszeit (für Hörer aller Fakultäten)	Mo	12—13	Philipp
484	Geschichte der Staatstheorien von Machiavelli bis Marx	Mo	16—17	Fischer-Baling
485	Die Geschichte von Nordamerika	Di	14—16	Dietrich
486	Europäische Krise 1890—1950 mit Berücksichtigung des amerikanischen Einflusses	2stündig nach Vereinb.	14—15 ³⁰	Quelle
487	Allgemeine Jüdische Geschichte von 1848 bis 1948	Di	14—16	Stern (Columbia University)
488	Repräsentative Gestalten des deutschen Judentums von Moses Mendelssohn bis Leo Baeck (für Hörer aller Fakultäten)	Mo Mi	14—16 15—16	Leschnitzer (City College New York)
(449)	Grundlagen des Geschichtsunterrichts	Mi	18—19	Leschnitzer
	Proseminar	Do	16—18	Kanning
489	Übungen zur Geschichte des Städtewesens	Di	18—20	Helbig
490	Einführung in das Studium der neueren Geschichte	Mi	10—12	Herzfeld
491	Übungen an französischen historischen Texten	Fr	10—12	Hofer

Vorlesungsverzeichnis FU, Friedrich-Meinecke-Institut.

17 Hannah Arendt, Heinrich Blücher: Briefe 1936–1938. München 1999, S. 217.

Das Institut für Judaistik der Freien Universität Berlin verortet seine Vorgeschichte in den frühen 50er Jahren, über die es selbst folgendermaßen Auskunft gibt: „Vor der Gründung des Instituts für Judaistik fanden bereits seit dem Sommersemester 1952 regelmäßig Vorlesungen zur jüdischen Geschichte und Literatur statt, für die zunächst Adolf F. Leschnitzer gewonnen werden konnte, der schon vor seiner erzwungenen Emigration in Berlin studiert und gewirkt hatte. Im Mittelpunkt standen dabei vor allem Themen zum deutsch-jüdischen Verhältnis und zum Antisemitismus. Seit Mitte der 50er Jahre lehrten Ernst L. Ehrlich, Hermann L. Goldschmidt, Johann Maier und Jacob Taubes an der Fakultät.“¹⁸

Das Engagement von Emigranten und NS-Gegnern an der Freien Universität Berlin

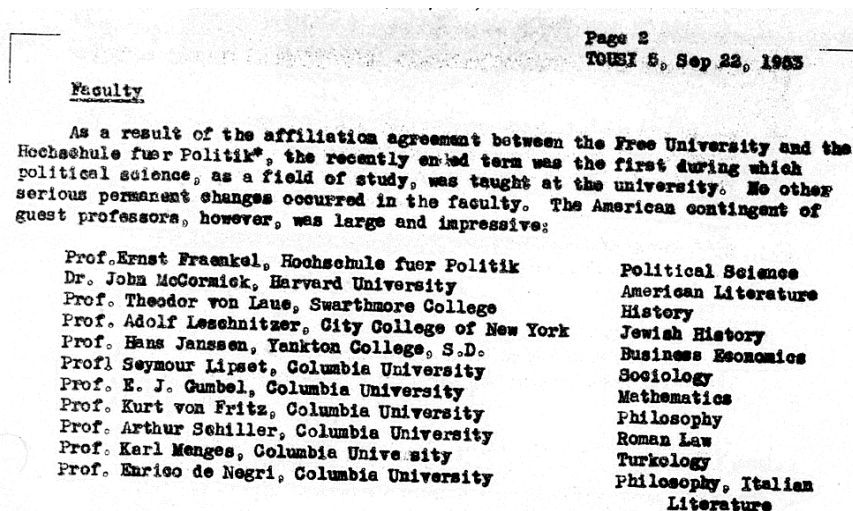
Bereits in dem ersten Beitrag (ZdF 46) zur Namensgebung des Henry-Ford-Baus wurden mehrere aus rassistischen und politischen Gründen zur Emigration gezwungene Personen erwähnt, die sich für die Gründung der Freien Universität in West-Berlin eingesetzt haben. Auf Bitte der FU-Rektoren von Kress und Rhode finanzierte die Ford Foundation seit 1951 Gastvorlesungen der in die Vereinigten Staaten emigrierten und dort lehrenden Professoren:

- Ossip K. Flechtheim (1909–1989) emigrierte 1935 nach kurzer Inhaftierung aus Deutschland. Die Universität Köln entzog ihm 1938 den Doktorgrad. Er lehrte vor seinem Wechsel an die Freie Universität am Colby College in Waterville, Maine.
- Adolf Lechnitzer (Germanistik, jüdische Geschichte), 1934–1938 Herausgeber der jüdischen Lesehefte, emigrierte 1939.
- Alfred Neumeyer (Kunstgeschichte), 1933 wegen seiner jüdischen Herkunft als Leiter der Pressestelle der Staatlichen Museen entlassen, emigrierte 1935.
- Kurt von Fritz (klassischer Philologe an der Universität Rostock. Er verweigerte 1934 den Dienst auf Adolf Hitler. Nach Zwangspensionierung und Einschränkung seiner Forschungsmöglichkeiten emigrierte er 1936 aus Deutschland, seit 1954 lehrte er an der Freien Universität Berlin).
- Emil Julius Gumbel (Mathematik, politischer Autor, nach den vom NS-Studentenbund inszenierten „Gumbelkrawallen“ an der Universität Heidelberg Emigration, 1933 Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft).
- Justus Bier (Kunsthistoriker, bis 1936 Direktor des Kunstvereins „Kestner-Gesellschaft“ in Hannover, Emigration 1938)

Es ist bedauerlich, dass Alexandra Kemmerer in ihrer Darstellung das Engagement der zurückgekehrten Emigranten übergeht, die sich an der FU zu einer Zeit in Lehre und Forschung mit der NS-Vergangenheit auseinandergesetzt haben, als dieses Thema in vielen westdeutschen Universitäten noch dem „Beschweigen“ anheimfiel. Die Andeutung der Autorin, Shepard Stone sei in „den philanthropisch-akademisch-politischen Netzwerken der Ford Foundation antisemitischen Unterströmungen ausgesetzt“ gewesen, kommt ebenso ohne Quellenhinweis daher wie ihre Vermutung, dem Deutschlandexperten des State Departments Henry Kellermann „dürften diese Realitäten nur zu vertraut gewesen sein“. Das sind Spekulationen, die keineswegs die Behauptung stützen,

18 Siehe: <https://www.fu-berlin.de/sites/israel/history/jewish-studies/index.html>. Siehe auch Peter Schäfer, Klaus Herrmann: Judaistik an der Freien Universität Berlin, hier „Judaistik in Berlin nach 1945“ in: Karol Kubicki, Siegwald Lönnendonker (Hrsg.): Religionswissenschaft, Judaistik, Islamwissenschaft und Neuere Philologien an der Freien Universität Berlin, Göttingen 2012, S. 60 f.

an der Freien Universität Berlin sei in den frühen 50er Jahren „vom Antisemitismus keine Rede“ gewesen. Das war, wie oben gezeigt, nachweislich nicht der Fall.



Joseph C. Kolarek, HICOG-Chief Public Affairs Division in Berlin, berichtete 1953 über die ersten fünf Jahre der Freien Universität und listete obige Gastprofessoren auf.

Zieht man die Bundestagsdebatten der damaligen Zeit heran, so ist auch hier die These unzutreffend, es sei „vom Antisemitismus keine Rede“ gewesen. Hierzu einige Beispiele. Kurt Schumacher sagte im Deutschen Bundestag am 21. September 1949: „Die Hitlerbarbarei hat das deutsche Volk durch Ausrottung von sechs Millionen jüdischer Menschen entehrt. An den Folgen dieser Entehrung werden wir unabsehbare Zeiten zu tragen haben. Von 600 000 deutschen Juden leben heute im Gebiet aller vier Zonen nur 30 000, meist ältere und kranke Personen. Auch sie erleben immer wieder beschämende und entwürdigende Vorfälle. In Deutschland sollte keine politische Richtung vergessen, daß jeder Nationalismus antisemitisch wirkt und jeder Antisemitismus nationalistisch wirkt. Antisemitismus ist das Nichtwissen von den großen Beiträgen der deutschen Juden zur deutschen Wirtschaft, zum deutschen Geistesleben und zur deutschen Kultur und bei der Erkämpfung der deutschen Freiheit und der deutschen Demokratie. Das deutsche Volk stände heute besser da, wenn es diese Kräfte des jüdischen Geistes und der jüdischen Wirtschaftspotenz bei dem Aufbau eines neuen Deutschlands in seinen Reihen haben würde.“¹⁹

Adolf Arndt (SPD) sagte am 20. Februar 1952: „Mich erfüllt eine bange Sorge, ob in Deutschland heute noch eine echte Bereitschaft dazu besteht, den Verfolgten wieder eine Heimat zu geben. Der Antisemitismus — und bei einem Großteil der ins Ausland vertriebenen verfolgten Beamten handelt es sich um rassistisch Verfolgte - hat ja nicht mit Hitler begonnen. Seine traurige Vergangenheit reicht sehr weit zurück. Schon Anfang der zwanziger Jahre - um nur ein Beispiel zu erwähnen — mußte Anna von Gierke wegen ihrer jüdischen Mutter wohl oder übel die Deutschnationale Partei verlassen, (Hört! Hört! bei der SPD) der damals und noch lange Zeit danach der gegen wärtige Herr Bundesminister des Innern angehörte. (Hört! Hört! bei der KPD.) Es war dies die erste Partei, die für sich in Deutschland den Arierparagraphen erfunden hat, (erneutes Hört! Hört! bei der SPD) und wir haben noch kein Wort der Umkehr gehört. [...] Meine Damen und Herren! Nicht erst mit Hitler, sondern bereits mit dem Arierparagraphen der Deutschnationalen in der Weimarer Zeit und dem Arierparagraphen der waffentragenden Ver-

¹⁹ 6. Sitzung des Deutschen Bundestages, 21. September 1949, Protokolle S. 36.

bindungen in der Studentenschaft hat die Verfolgung begonnen, die dann zur Austreibung der verfolgten Beamten geführt hat. (Abg. Renner: Demokraten eigener Art! — Unruhe.) Hitlers sogenannte ‚Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei‘ fand den Boden bereits vorbereitet vor.“²⁰

Anlässlich der zweiten und dritten Beratung des Gesetzentwurfes über das Abkommen vom 10. September 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel sagte der Berichterstatter Graf von Spreti (CSU) am 28. März 1953: „Ich kann nicht umhin, etwas in die Vergangenheit zu blicken, um auf das hinzuweisen, was sich in den Jahren 1933 bis 1945 ereignet und dem deutschen Namen Unehre gebracht hat. Sie gestatten mir, daß ich Sie kurz, beinahe stenographisch, an den Ausbruch des Antisemitismus in 1933 erinnere, an die Herausforderung am 1. April, als die SA-Posten vor den jüdischen Geschäftshäusern standen, daß ich Sie an die Judengesetzgebung von Nürnberg erinnere und an all das, was damit zusammenhing, bis zuletzt zu den Verhaftungen, Ausweisungen und Enteignungen. Vielleicht erinnert sich der eine oder andere, wie in mancher Nacht das eine oder andere Familienpaar einen Selbstmord begangen hat oder andere in der späten Nacht von der Gestapo verhaftet und verschleppt wurden. Ich muß weiter darauf hinweisen, daß in dieser Zeit KZs, Gettos und Vernichtungslager bestanden haben, die mit Tausenden von Menschen vollgepfropft wurden und dem systematischen Versuch der Vernichtung dienten. Bei diesem Rückblick auf die Vergangenheit habe ich einen Satz zu zitieren, der neulich in einer Zeitung bei einer Kritik über ein Buch zu finden war:

‚Wenn ich heute die Augen schließe, dann höre ich wieder die Schreie der Gefährten, die gefoltert wurden, die Schüsse, unter denen sie zusammensanken, das Klicken des Fallbeils, unter dem sie ihr Heldentum besiegelten.‘

Ich fühlte mich darum veranlaßt, nach der Erklärung der Bundesregierung einmal die Presse durchzugehen, und ich konnte nur feststellen, daß nach dieser Erklärung und nach der Unterzeichnung in Luxemburg die ganze in- und ausländische Presse ein einmütiges Verständnis für diesen Akt der Wiedergutmachung gefunden hat. Als einziger hat der *Manchester Guardian*, einen Satz geprägt: ‚Die Summe ist nicht groß im Vergleich zu den Verbrechen‘, und die Zeitung sagt weiter ‚50 Pfund pro toter Jude‘.“²¹

Jakob Altmaier (SPD) wandte sich im Deutschen Bundestag am 8. Juli 1954 in der Debatte über den Beitritt der Bundesrepublik zur UNO-Konvention gegen Völkermord gegen die Verwendung des Begriffs „Rasse“ und erklärte, es seien „Menschen aus unserem Volke zu Frevlern und Menschen aus unserem Volke zu Opfern inmitten von Geschehnissen“ geworden, „die als Völkermord in die Geschichte eingegangen sind. Unter Mißbrauch des deutschen Namens sind um ihrer Abstammung, ihrer Nationalität und um ihres religiösen Bekenntnisses willen nicht nur Volksgruppen, sondern eine immer noch unvorstellbare Zahl von Menschen ermordet worden. Was klarzustellen bleibt, ist die Tatsache, daß es in Deutschland kein Rassenproblem gegeben hat und nicht geben kann. Die Verschiedenheiten der Abstammung in unserem Volke sind keine Frage der

20 194. Sitzung des Deutschen Bundestages, 20. Februar 1952, Protokolle S. 8354. Adolf Arndt (1904–1974) legte 1933 sein Amt als Richter des Berliner Landgerichts III nieder, da er sich nicht an der Rechtsprechung des NS-Staates beteiligen wollte. Er wurde 1943 als „Halbjude“ zur Zwangsarbeit herangezogen und kam 1944 in Haft. Ihm gelang vor Anfang 1945 die Flucht zu seiner Familie nach Schlesien.

21 254 Sitzung des Deutschen Bundestages, 28. März 1953, Protokolle S. 12273. Karl Graf von Spreti (1907–1970) wurde als Deutscher Botschafter in Guatemala am 31. März 1970 von der Guerillaorganisation FAR entführt und am 5. April 1970 in San Pedro Ayampuc ermordet.

Rasse; dieser von den nationalsozialistischen Machthabern mißbrauchte Begriff hat für das deutsche Volk weder Gestalt noch Sinn.“²²

Carlo Schmid (SPD) äußerte am 18. April 1956 im Deutschen Bundestag: „Dieser Antisemitismus aus dem *Stürmer* ist es ja gewesen, der schließlich zu den Gaskammern von Auschwitz geführt hat. (Lebhafter Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der Mitte, der FDP und der DA.)“²³ Es gab also, auch wenn für viele gesellschaftliche Bereiche in Ost- und Westdeutschland die These vom „Beschweigen“ zutrifft, für wache Zeitgenossen immer wieder die Gelegenheit über den Antisemitismus und seine Folgen nachzudenken.

Patrick Bahners merkte zu den biografischen Angaben über den FU-Rektor Ernst Eduard Hirsch in seiner E-Mail ebenso wie Alexandra Kemmerer in ihrem zweiten Artikel an, FU-Rektor Hirsch hätte mehr tun müssen, um jeden Gedanken an Henry Ford I abzuwehren.²⁴ Auf einen solchen Gedanken wäre damals freilich niemand gekommen und darauf kam auch niemand in den über 50 darauffolgenden Jahren, bis der FU-AStA 2007 den Namen des Bauwerks als kampagnenträchtiges Thema entdeckte. Wer in den frühen 50er Jahren von Henry Ford sprach oder schrieb, wusste auch ohne römisch I oder II welcher von beiden gemeint war. So auch die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Sie brachte am 7. August 1951 unter der Überschrift „Eine Ford-Stiftung für die Freie Universität“ folgende Meldung: „Berlin, 6. August (Eigener Drahtbericht). Paul G. Hoffman, der Präsident der Ford-Stiftung, hat in einer Feierstunde im Titania-Palast der Freien Universität Berlin einen Scheck der Ford-Stiftung in Höhe von 1,3 Millionen Dollar überreicht. Der Besuch Henry Fords im Juni hat zur Gewährung dieser Stiftung beigetragen, durch die es der zu vierzig Prozent von Studenten aus der sowjetischen Zone besuchten Freien Universität möglich wird, eine Bibliothek und zusätzliche Hörsäle einzurichten.“ Den „klugen Köpfen“, die das lasen, musste folglich 1951 nicht erläutert werden, welcher Henry da zu Besuch war. Das gilt auch für die Zeit der Einweihung des Henry-Ford-Baus. Zwar befand sich Henry Ford am 19. Juni 1954 in Paris, aber wenige Tage später traf er in Köln ein. Die *F.A.Z.* brachte darüber am 24. und 25. Juni 1954 in der Rubrik „Kurze Meldungen“ folgende AP-Nachrichten: „Der Chef der Ford-Werke, Henry Ford, ist zu einem dreitägigen Besuch in der Bundesrepublik eingetroffen.“ Und: „Der Bundeskanzler hat den Leiter der amerikanischen Ford-Werke, Henry Ford, der von dem amerikanischen Oberkommissar Conant begleitet war, in Bonn empfangen.“ Auch das *Neue Deutschland* hielt im Juni 1951 eine Differenzierung zwischen Großvater und Enkel nicht für erforderlich als das Blatt anmerkte, der „amerikanische Milliardär und Kriegsgewinnler Henry Ford trifft in Frankfurt/Main ein. um den Stand der Rüstungsproduktion in seinen westdeutschen Betrieben zu inspizieren“. Schließlich hielt es auch Franz Leopold Neumann nicht für nötig, als er von einer „Gelegenheit, die Stifter zu ehren“ sprach und vorschlug „das Auditorium maximums als Henry-Ford Saal“ in Erwägung zu ziehen, den Enkel zu nummerieren. Die nachträgliche Belehrung von Bahners und Kemmerer, Rektor Hirsch hätte bei der Namensgebung zu

22 2. Deutschen Bundestag, 37. Sitzung, 8. Juli 1954, Protokolle S. 1766. Jakob Altmaier (1989–1963) floh 1933 aus Deutschland, da er als Sozialdemokrat jüdischer Herkunft und Homosexueller mit seiner Inhaftierung rechnen mußte. Während des Krieges beteiligte er sich in verschiedenen europäischen Ländern als Agent der britischen Special Operations Executive (SOE) am aktiven Widerstandskampf.

23 2. Deutscher Bundestag, 140. Sitzung, 18. April 1956, Protokoll S. 7210. Carlo Schmid (1896–1979) setzte im Parlamentarischen Rat u. a. gegen Widerstände die Formulierung von Artikel 16 des Grundgesetzes durch nach dem die Bundesrepublik Deutschland allen auf der Welt politisch Verfolgten ein Recht auf Asyl garantierte.

24 E-Mail von Patrick Bahners an Jochen Stadt vom 21.03.2021.

wenig getan, um eine Assoziation zu Henry Ford I auszuschließen, geht zweifelsohne ins Leere.

Sollten ferner alle, die im Henry-Ford-Bau gelehrt, getagt, gestritten und zugehört haben den Namen des Gebäudes bewusstlos akzeptiert und dabei an den gedacht haben, der der Welt als Henry Ford I bekannt war? Das waren unter vielen anderen: Hannah Arendt (8. Dezember 1955), Theodor W. Adorno (14. November 1956 und 7. Juli 1967), Herbert Marcuse (10.–13. Juli 1967) oder Marcel Reich-Ranicki (9. Januar 2006). Im Henry-Ford-Bau nahmen NS-Verfolgte wie Lise Meitner am 17. Dezember 1956 die Ehrenpromotion und Louise Schroeder die Ehrenbürgerwürde der FU entgegen, hier lehrten u. a. Remigranten und NS-Gegner wie Ernst Fraenkel, Ossip K. Flechtheim, Richard Löwenthal, Helmut Gollwitzer, Jacob Taubes, hier fanden die Sit-ins und Teach-ins der 68er Studentenbewegung statt und hier wurden Beate Klarsfeld und ihr Anwalt Horst Mahler am Abend des 7. November 1969 von 1 500 Studentinnen und Studenten mit demonstrativem Beifall empfangen, nachdem Beate Klarsfeld am Vormittag auf dem CDU-Parteitag Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger wegen dessen Vergangenheit als NSDAP-Mitglied geohrfeigt hatte.

Zur Untermauerung meiner laut Patrick Bahner „spekulativen Psychologie“ hier nochmals eine erweiterte Aufstellung wichtiger Protagonisten der frühen Jahre:

- Ein erster Ansprechpartner für den oppositionellen sozialdemokratischen Studenten Otto Hess und seine Freunde war 1946 der in seine Heimatstadt Berlin zurückgekehrte Schulreformer Fritz Karsen, geb. Krakauer. Der 1933 wegen seiner jüdischen Herkunft von den Nationalsozialisten entlassene Begründer der ersten Gesamtschule und Direktor der Neuköllner Karl-Marx-Schule war nun in Berlin als Chef des „Higher Education and Teacher Trainings“ in der Hauptabteilung „Education and Cultural Relations“ der OMGUS für das Hochschulwesen zuständig. Karsen setzte sich bereits 1946 dafür ein, die in Dahlem befindlichen Forschungsinstitute der ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu einem „Institut für fortgeschrittene Studien“ nach dem Beispiel des „Institute for Advanced Study“ in Princeton zusammenzufassen.²⁵
- Neben den Beziehungen zu Fritz Karsen wurde für die oppositionellen Studenten 1947 die Villa des aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrten Ehepaars Herta und Fritz T. Epstein zu einem wichtigen Ort der Verständigung mit Vertretern der amerikanischen Besatzungsmacht. Fritz Theodor Eppstein war 1933 mit seiner Frau und seinen Kindern aus Deutschland emigriert. Er hatte in den Vereinigten Staaten an der Harvard University osteuropäische Geschichte gelehrt und die amerikanische Staatsbürgerschaft erworben. Während des Krieges arbeitete er als Deutschlandexperte auch für den „Office of Strategic Services“ (OSS). Er wurde von der amerikanischen Besatzungsmacht nach Berlin geholt und in eine Historikergruppe berufen, in der er gemeinsam mit britischen und französischen Kollegen im Rahmen eines Kriegsdokumente-Projekts Schriftgut der deutschen Außenpolitik während des Zweiten Weltkrieges sicherstellen sollte. Seine Frau Herta Eppstein kam als Vertreterin amerikanischer Fürsorgeorganisationen in die Stadt, um Hilfeleistung für die ausgebombte und hungernde Bevölkerung der Stadt zu koordinieren.²⁶ „Beide Ehepartner interessierten sich dafür, welchen

²⁵ Siehe hierzu: Siegwald Lönnendonker: Freie Universität Berlin. Gründung einer politischen Universität, Berlin 1988, S. 162 f.

²⁶ Herta Epstein arbeitete für den Council of Relief Agencies Licensed to Operate in Germany (CRA-LOG).

Werten und Interessen die Studenten im Nachkriegsberlin sich verschreiben würden. An ihre letzten Kontakte mit deutschen Studenten in den frühen 30er Jahren hatten sie gelinde gesagt, ungute Erinnerungen, und nun fragten sie sich, ob hier nach der deutschen Niederlage Bewußtseinsveränderungen stattgefunden hatten und wie diese aussahen.“

Als sie in Gesprächen mit Otto Hess und anderen Aktivisten der oppositionellen Studentischen Arbeitsgemeinschaft feststellten, dass diese neue Generation sich weit von dem „reaktionären und hypernationalistischen Denken“ der frühen dreißiger Jahre entfernt hatte, boten sie den oppositionellen mit dem „Salon Epstein“ im



Fritz Theodor Eppstein (1898–1979) Quelle: James F. Tent

amerikanischen Sektor einen Ort des Austausches mit Vertretern der US-Education-Branch sowie Mitarbeitern von Botschafter Murphy und der US-Militärregierung. Die studentischen Aktivisten beeindruckten die Eppsteins zutiefst. „Mrs. Eppstein, die in Berlin als Vertreterin der CRALOG fungiert und ich“, schrieb Fritz Eppstein Ende 1947, „bemühen uns aktiv darum, Studenten der Berliner Universität und Amerikaner in Diskussionszirkeln zusammenzubringen.“²⁷

- In diesem zunächst noch informellen Kreis, aus dem sich dann 1948 der vorbereitende Ausschuss zur Gründung der Freien Universität entwickelte, wirkte maßgeblich auch der zu dieser Zeit an der Hochschule für Bildende Künste lehrende Kurt Landsberg mit. Landsberg war 1933 wegen seiner Herkunft und aus politischen Gründen als Oberstudiendirektor entlassen worden und leitete bis 1939 die private Jüdische Waldschule Grunewald. Bis zum Kriegsende arbeitete Landsberg in einer Maschinenfabrik. Danach kehrte er in den Schuldienst zurück und trat der CDU bei und war von 1946 bis 1947 deren Landesvorsitzender.
- Die Rede, die der amerikanischen Stadtkommandanten Howley 1948 zur Eröffnung der Freien Universität Berlin hielt, stammte aus der Feder Ulrich Biels, der als Captain der amerikanischen Armee 1945 in seine Heimatstadt Berlin zurückgekehrt war. Ulrich E. Biel erblickte 1907 in Berlin als Sohn eines Berliner



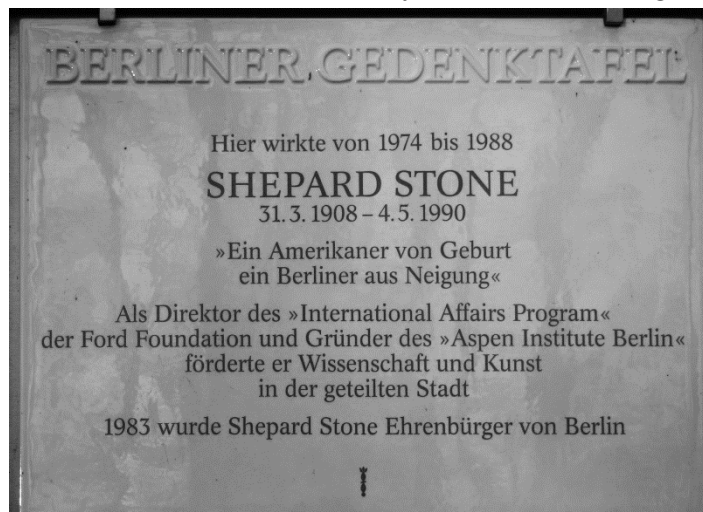
Kurt Landsberg spricht am 23. April 1948 auf der Protestversammlung gegen die politischen Relegationen von der Berliner Universität im Hotel Esplanade.

Fotograf unbekannt, Quelle: Universitätsarchiv FUB, Foto/31135.

²⁷ Die Darstellung des „Salons Epstein“ und die Zitate stammen aus: James F. Tent: Freie Universität Berlin 1948–1988. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen, Berlin 1988, S. 84 f.

Justizrates das Licht der Welt. Seinen Familiennamen Bielschowsky änderte er im amerikanischen Exil in Biel um. Der promovierte Jurist emigrierte 1934 im Alter von 27 Jahren aus Deutschland. Seine engsten Familienangehörigen, die im Land blieben, wurden 1942 aus Berlin deportiert und im Rigaer Getto ermordet. Er nahm als US-Soldat an der Landung in der Normandie teil und gehörte nach seiner Entlassung aus der Armee 1948 zu Howleys Beraterstab. Dessen Memoiren enthalten folgende Angaben zu seiner Rede im Titania Palast anlässlich der FU-Gründung: „I asked Dr. Biel to prepare my speech to me. (Biel is German-trained, German-born and thinks as a German). I had indicated only in general terms what I thought should be said. Biels's speech covered about eight pages, dealt with the past German philosophies, the Weimar Republic, the history of education in Germany.“²⁸

- Shepard Arthur Stone (1908–1990) war der Sohn jüdischer Einwanderer aus Litauen. Er hatte in Heidelberg und Berlin Staatswissenschaften und Geschichte studiert und bei Hermann Oncken promoviert. Shepard Stone verließ 1933 Deutschland, sein Doktorvater Oncken wurde 1935 zwangsemeritiert. Shepard Stone setzte sich in zahlreichen Stellungnahmen für die Freie Universität Berlin ein. Von einem „kühlen Pragmatismus“ ist z.B. sein erstes Memorandum vom Januar 1951 nicht geprägt, das er Hochkommissar McCloy zur Weiterleitung an die Ford Foundation zur Hand gab. Darin schrieb Shepard Stone einleitend, Berlin habe eindrucksvoll seinen Mut und seine Hingabe für die Freiheit bewiesen. Deswegen plädiere er für die Unterstützung der Freien Universität in dieser Stadt. Diese erst vor zwei Jahren gegründete Hochschule biete im Unterschied zu den rückständigen alten Universitäten in Deutschland die einmalige Gelegenheit, Männer und Frauen für politische Führungsaufgaben auszubilden, die den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen durch Kommunismus und rechte totalitären Bedrohungen gewachsen sind.²⁹



Erinnerungstafel am Aspen-Institut auf Schwanenwerder

- Der Deutschlandexperte des State Department Henry J. Kellermann unterstützte nachdrücklich das Anliegen einer Förderung der Freien Universität durch die Ford-Stiftung. Kellermann kam 1910 als Sohn eines Berliner Rabbiners zur Welt. Er konnte noch seine juristische Promotion an der Friedrich-Wilhelms-Universität ablegen, bevor er 1937 in die Vereinigten Staaten emigrierte. Nach dem Krieg

²⁸ Zitiert nach Martin Martin: „Ein stiller Diplomat“. Ulrich E. Biel im Gespräch über die Berliner Nachkriegspolitik. Ernst-Reuter Hefte 8, Berlin-Brandenburg 2017, 47 S., inkl. Hörfunk-CD: Die rechte Hand. Ulrich E. Biel – Geschichten aus der Berliner Nachkriegsgeschichte.

²⁹ James Tent spricht gar von einem „ekstatischen Brief“, mit dem Shepard Stone 1951 die Bewilligung der ersten Ford-Spende für die Freie Universität begrüßte. A.a.O. S. 245.

gehörte Kellermann zu der Ermittlergruppe des amerikanischen Militärgeheimdienstes, die Belastungsmaterial für den Nürnberger Prozess zusammengetragen hat.



Georg Rhode

Foto Gerd-Victor Krau.

Quelle: Universitätsarchiv der FU

Akademischen Senat der FU am 3. März 1954. Hirsch kam 1902 im hessischen Friedberg zur Welt, er wurde als promovierter und habilitierter Jurist 1930 in Frankfurt am Main zum Richter auf Lebenszeit ernannt. Am 30. März 1933 wegen seiner jüdischen Herkunft aus dem Justizdienst entfernt, emigrierte er in die Türkei. Seine Schwester Anni und andere seiner Familienangehörigen starben im Gas von Auschwitz. Hirsch lehrte in Istanbul und Ankara Handelsrecht und gehörte zu den Wegbereitern der Reform des türkischen Rechtssystems, das an die Stelle der Scharia kodifiziertes Recht setzte.

- Die Verhandlungen mit der Ford Foundation führte von 1952 bis 1954 FU-Rektor Georg Rhode (1899–1960). Rhode emigrierte 1935 mit seiner jüdischen Frau geb. Kalischer in die Türkei und lehrte in Ankara klassische Philologie. Auf Betreiben Ernst Reuters kam er 1949 an die Freie Universität Berlin. Er stimmte im Akademischen Senat am 3. März 1954 als Prorektor dem Beschluss zur Benennung des Henry-Ford-Baus zu.

- Die Namensgebung für das neue Hörsaalgebäude unterbreitete – einen Vorschlag von Franz Leopold Neumann aufgreifend – FU-Rektor Ernst Eduard Hirsch dem



Ernst Eduard Hirsch

Quelle: Universitätsarchiv

- Für die neu gegründete Ernst-Reuter-Gesellschaft sprach Paul Hertz bei der feierlichen Einweihung des Henry Ford Baus. Paul Hertz (1888–1961) war jüdischer Herkunft. Er gehörte seit 1920 dem Reichstag zunächst als Abgeordneter der USPD an und seit 1922 der SPD. Bereits vor der nationalsozialistischen Machtergreifung sah sich Hertz antisemitischen Schmähkampagnen ausgesetzt. Er floh 1933 aus Deutschland und wurde 1934 von den Nationalsozialisten ausgebürgert.

In Anbetracht der an FU und DHfP lehrenden Remigranten, in Anbetracht der erwähnten Lehrveranstaltungen zur jüdischen Geschichte, der Gremienbeschlüsse und politischen Meinungsbekundungen gegen Antisemitismus wurde in der vorigen Ausgabe dieser Zeitschrift die Behauptung zurückgewiesen, das zentrale Universitätsgebäude sei nach einem „notorischen“ Antisemiten benannt worden.³⁰ Das meint offenbar auch Alexandra Kemmerer, wenn sie in der *F.A.Z.* mitteilt, „zweifelsfrei geklärt“ sei nur eines: „Keiner der an der Gründung der FU und deren Finanzierung Beteiligten beabsichtigte

³⁰ In den Rektoraten der westdeutschen Universität, die der FU-Gründung misstrauisch gegenüberstanden, finden sich in den späten 40er und frühen 50er Jahren vergleichsweise wenige bzw. keine Amtsträger, die NS-Gegner oder Remigranten waren, unter den ersten fünf Rektoren der Freien Universität Berlin jedoch derer vier.

dezidiert eine Benennung des zentralen Universitätsgebäudes nach dem 1947 verstorbenen Antisemiten Henry Ford.“ Leider relativiert sie das aber im gleichen Artikel mit der Herbeiziehung von angeblichen „Ambivalenzen dieser Zeit“ und der Behauptung, „dass es den Namensgebern von 1954 nie um die ‚Würdigung‘ oder ‚Ehrung‘ einer Person ging“. Doch genau darum ging es Franz Leopold Neumann und Ernst Eduard Hirsch.

Beim Hören der zur Einweihung des Henry-Ford-Baus gehaltenen Reden ist von den „Ambivalenzen dieser Zeit“ nichts zu vernehmen. Es klingt vielmehr die tiefe Dankbarkeit der Repräsentanten des politischen und akademischen Raums gegenüber der Ford Foundation und dem von Rektor Hirsch an erster Stelle namentlich erwähnten Henry Ford II an. Den Gründern der Freien Universität ging es nicht darum, wie Alexandra Kemmerer suggeriert, „die Vorherrschaft des Westens“ zu sichern. Da sie den Henry-Ford-Bau als Zeugnis der „globalen Kampfzonen des Kalten Krieges“ interpretieren möchte, verschwinden die Motive der damaligen Akteure hinter einer Nebelwand von angeblichen Ambivalenzen. Auch ist es zum Verständnis der Zeitgeschichte unbillig, die Motive der Beteiligten auf „kühlen Pragmatismus“ oder „zielorientierte Herangehensweise der Dahlemer Gründerväter“ zu reduzieren, als wäre es ihnen nur um den Transfer des amerikanischen Geldes gegangen. Stellt man den von allen Rednern bei der Taufe des Gebäudes beschworenen Begriff der Freiheit in den Kontext ihrer Lebenserfahrung und der damaligen Lage Berlins, erklärt sich sehr wohl das damalige Freiheitspathos, das für die Kontexte der transatlantischen Wissenschaftsgeschichte in dieser Zeit konstituierend war.

Es war keine leere Phrase, wenn der ehemalige Harvard-Rektor und zu dieser Zeit amerikanische Hochkommissar, Botschafter James B. Connant, in seiner Ansprache vom „Wert der Freiheit für das geistige Leben“ sprach und ausdrücklich hervorhob, dass es den Studentinnen und Studenten, die sich im Ostsektor und an der Linden-Universität der erneuten Gleichschaltung des Wissenschaftsbetriebes widersetzt hatten, zu verdanken sei, wenn nun in Berlin-Dahlem eine Universität politische und akademische Freiheiten garantiert. Das war nicht das Ergebnis einer Kalten-Kriegs-Mission, sondern der Wahrnehmung von Willkür, wie u. a. den Unrechtsurteilen gegen ihre Kommilitonen Gerda Rösch, Manfred Klein und Georg Wradzidlo, dem ersten Sprecher der Studentenschaft an der Berliner Universität unter den Linden. Das sowjetischen Militärtribunal Berlin-Lichtenberg verurteilte sie 1947 wegen Bildung einer angeblichen „Untergrundbewegung an der Universität Berlin“ bzw. wegen angeblicher Spionage zu jeweils fünf- und zwanzig Jahren Zwangsarbeit. Rösch, Klein und Wradzidlo kamen erst 1956 wieder frei. Nur durch eine enge Sichtachse, die ohne Rücksicht auf die Motive der damals handelnden Personen daherkommt und diese ignoriert, gelingt die nachträgliche Konstruktion von angeblichen „komplexen wissenschaftlich-kulturellen ‚Parapolitics‘“. An die Motive der Beteiligten zu erinnern, sei hingegen „Geschichtspolitik des Kalten Krieges“ (Kemmerer) und erinnere von ferne an Ernst Nolte (Bahners).

Was dabei herauskommt, wenn wir jene frühere „Welt zwingen, Stellung zu Fragen zu beziehen, an die sie nicht gedacht hat, um auf diese Weise jenes Nichtdenken beiseitezuschieben oder zu übergehen, das sie zu einer Welt machte, einer Welt, so verschieden der unseren“ hat Zygmunt Baumann folgendermaßen zu Ende gedacht: „Der Versuch zu kommunizieren wird seinen Zweck verfehlen. In diesem Prozeß der erzwungenen Konversation werden wir uns von der Hoffnung auf Kommunikation noch weiter entfernen. Am Ende werden wir, statt diese ‚andere Welt‘ zu *rekonstruieren*, nicht mehr tun als ‚das Andere‘ unserer eigenen Welt zu *konstruieren*.“³¹

31 Zygmunt Baumann: *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*, Frankfurt am Main 1995, S. 18.

Was Zeitgenossen zu den antisemitischen Irrwegen des alten Henry Ford meinten?

Unter der Überschrift „Putsch, Peitsche und Zucker. Wer bezahlt den Putsch“ befasste sich Richard Lewinsohn unter dem Pseudonym Morus 1923 in der *Weltbühne* mit dem „Marsch auf die Feldherrnhalle“ und stellte die Frage, wer eigentlich „die hauptamtlichen Wanderredner, die Werbesteelen, die ständigen Stäbe“ der Putschisten bezahlt habe? „Herr Hitler“ sei, „in höchster sittlicher Entrüstung, zum Kadi gelaufen, als man ihm vorwarf, daß er seine Zechinen von dem Autokönig Henry Ford beziehe“. Morus meinte, es sei „durchaus nicht unwahrscheinlich, daß das Geld für die Hakenkreuzbewegung dem deutschen Volke abgeknöpft ist und nicht dem amerikanischen“. So macht der Fürst Wrede gar keinen Hehl daraus, daß er Hitlers Kavallerie auf eigne Kosten in den Sattel setzt, und auch andre völkische Maecene.“ (*Weltbühne* 46), 1923

Im folgenden Jahr dokumentierte die *Weltbühne* unter dem Stichwort „Antisemit“ einen Brief des Prediger I. Messinger aus Bern an das *Neue Wiener Journal* mit folgendem Wortlaut: „Wie bereits durch die Schweizerische Depeschagentur gemeldet wurde, hat Henry Ford mich wissen lassen, daß das angeblich von ihm verfaßte und hierzulande meist gelesenen Buch: ‚Der Internationale Jude‘ (Hammer-Verlag, Leipzig) ihn nicht als Verfasser hat oder, wie er sich ausdrückt: Ford ist nicht der Autor des genannten Buches. Die Redaktion des von ihm bezahlten Blattes: *The Dearborn Independent* hat die im sogenannten Ford-Buche reproduzierten Artikel eingesammelt und erstmalig als Artikelserie erscheinen lassen. Ford ist nicht einmal für diese Artikel verantwortlich. Wie ich zu dieser aufsehenerregenden Entdeckung kam? Es fiel mir auf, daß unter dem Vorwort des Buches der Name Fords überhaupt nicht zu finden ist. Ferner, daß der Titel nicht lautet etwa: Der internationale Jude von Henry Ford. Darüber glänzt nur rot gedruckt der Name Henry Ford wie darunter in gleicher Farbe: Hammer-Verlag, Leipzig. Und richtig, auf meine rekommandierte sachliche und höflich gehaltene Frage läßt mir Ford durch die Redaktion seines Organes deutlich mitteilen, daß er nicht der Autor des ihm zugeschriebenen Buches ist. Mundus vult decipi - und so hat der zu Unrecht über diesem Machwerk glänzende Name des Milliardärs und Autokönigs wie ein Zauber gewirkt und dem Buchhandel eine sehr beträchtliche Einnahmequelle erschlossen und der Wahrheit ins Gesicht eine unerhörte Schelle versetzt. Ein neuer Beitrag zum Studium der Massenpsychose. Denn kaum drei Viertel aller Leser können es oder wollen es glauben, daß Ford nicht der Vater des ‚internationalen Juden‘ ist. Können es schon darum nicht glauben, weil keines ihrer und Ihrer Organe von diesem Brief Notiz nehmen wird.“ (*Weltbühne* 23/1924)

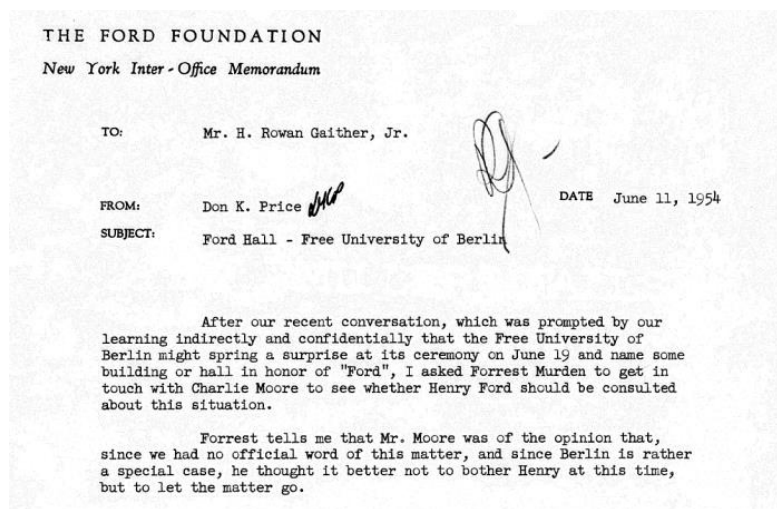
Drei Jahre später fand der Sinneswandel Henry Fords in der *Weltbühne* nur als ironische Nebenbemerkung in einer Kurzrezension N. O. Scarpis alias Fritz Bondy über das neue Gesellschaftsspiel „Frag mich was“ Erwähnung. Das sei kürzlich aus Amerika über den „Ozean geflogen und dürfte bald den Europäern ebenso ans Herz wachsen, wie neuerdings die Juden dem bekehrten Henry Ford. (*Weltbühne* 33/1927) Ansonsten beschäftigen sich etliche Artikel in der *Weltbühne* recht positiv mit der im Vergleich zu deutschen Industriellen relativ sozialen Unternehmenspolitik in den Ford Werken sowie bewundernd mit den technischen Innovationen der von Ford entwickelten Massenautomobilproduktion.

Marginalien

Alexandra Kemmerer und Patrick Bahners bezeichnen Henry Ford den Alten als „Autor“ des „International Jew“. Das ist unzutreffend, er war der Herausgeber und Financier der Textsammlung, die in der von ihm aufgekauften Zeitschrift *Dearborn Independent* erschienen. In seiner Henry-Ford-Biografie bezeichnet Vincent Curcio die im Verlauf

von 91 Wochen erschienene Artikelserie als eine „hair-raising serie of Antisemitic articles“, die später in vier Bänden unter dem Titel „The International Jew“ veröffentlicht und weltweit in 33 Sprachen übersetzt millionenfach verkauft worden ist. Curcio weist darauf hin, dass Henry Ford keinen der Artikel im *Dearborn Independent* persönlich verfaßt habe: „It is important to note that nothing in the Independent, not even Mr. Ford’s Own Page or ‚The International Jew‘ series, was written by Henry Ford. Nonetheless, the paper published no opinion except by his instigation and with his approval.“³² Es versteht sich, dass Fords spätere Distanzierung von dem Machwerk in Kemmerers Artikeln ebenso unerwähnt bleibt, wie seine 1927 erfolgte öffentliche Entschuldigung. Sie erfolgte indes, wie Vincent Curcio schreibt, aus Geschäftsinteresse. „Ford’s goodby to Antisemitism was a perfectly timed gesture.“³³ Ford wollte damit dem zunehmenden Boykott seiner Fahrzeuge durch den jüdischen Mittelstand entgegenwirken. Den *Dearborn Independent* stellte er 1927 ein. Fords persönliche Auffassung zum Judentum bezeichnet Curcio als „in an word, ambiguous“. Ein sinnfälliger Beleg für die „Ambivalenzen dieser Zeit“, was Henry Ford betrifft, war seine Unternehmensführung mit der Einführung der 5-Tage-Woche, ihrem „equal payment“ für Weiße und Schwarze sowie seine Unterstützung für die vor einem Todesurteil stehenden Anarchisten Sacco und Vanzetti.³⁴ Zum Gutmenschen macht ihn auch das freilich nicht.

Unter Bezugnahme auf eine Aktennotiz des Vizepräsidenten der Ford Stiftung Don K. Price vom 11. Juni 1954 – Kemmerer datiert sie in der *F.A.Z.* fälschlich auf den 14. Juni 1954 – meint die Autorin, die Stiftungsverantwortlichen hätten die Namensgebung dem



„Gesamtkomplex Familien-Unternehmen-Stiftung“ und nicht dem jungen Henry Ford zugeordnet. Nun ist in der Aktennotiz von einer indirekten und vertraulichen Mitteilung über eine mögliche Überraschung anlässlich der festlichen Einweihung des Gebäudes die Rede und davon, dass Fords persönlicher Assistent Forrest Murden bei dem Public Relations Director und Redenschreiber Fords Charlie Moore nachgefragt

hätte, ob man Henry Ford mit der Angelegenheit befassen sollte. Moore gab den Rat, die Angelegenheit laufen zu lassen, da keine offizielle Anfrage aus Berlin vorliege. Warum sollte der Vizepräsident der Stiftung bei Henry Fords Verbindungsmann nachfragen lassen, wenn es bei der Namensgebung um die Familienstiftung gegangen wäre? Das hätte Stiftungspräsident Rowan Gaither locker allein entschieden. Henry Ford hatte sich zu diesem Zeitpunkt aus der praktischen Stiftungsarbeit nämlich bereits zurückgezogen. Frau Kemmerer enthält den *F.A.Z.*-Lesern diese institutionellen Zusammenhänge vor und behauptet, „offensichtlich stand der Nachname der Unternehmerfamilie auch in der internen Sicht der Stiftung für den Gesamtkomplex Familie-Unternehmen-Stiftung“. Aber warum dann überhaupt „to bother Henry“? Der wurde, als die Ford-Stiftung offiziell informiert worden war, am 18. Juni 1954 von Forrest Murden telegrafisch über die

32 Vincent Curcio: Henry Ford. New York 2013, S. 133.

33 Ebd., S. 157.

34 Ebd., S. 174.

FORD FOUNDATION

XXX

SIDNEY MORRELL
C/O GEORGE LESTO
FORDMOTOR
PARIS, FRANCE

JUNE 18

54

FOUNDATION RECEIVED FOLLOWING CABLE TODAY FROM SHEP STONE IN BERLIN QUOTE
AS I INFORMED YOU RECENTLY FREE UNIVERSITY AT SATURDAY CEREMONY SENATE INTENDS
NAME HANDSOME NEW BUILDING AFTER HENRY FORD STOP UNLESS YOU CABLE CONTRARY THEY
FIRMLY DETERMINED DO THIS STOP IDEA WAS THEIR OWN STOP INSIDE MAIN ENTRANCE
THERE IS ALREADY PLAQUE SAYING BUILDING CONSTRUCTED FORD FOUNDATION GRANT CABLE
ME IMMEDIATELY HOTEL AM ZOO BERLIN UNQUOTE ON BASIS DISCUSSION TODAY GAITHER
PRICE AND MERRILL AND PREVIOUS TALK WITH MOORE ON RECEIPT EARLIER MESSAGE
FOUNDATION HAS DECIDED TO TAKE NO REPEAT NO ACTION RE THIS MATTER AND AM SO
INFORMING STONE BY RETURN CABLE STOP IF MR FORD FEELS OTHERWISE PLEASE
COMMUNICATE AT ONCE WITH STONE HOTEL AM ZOO BERLIN

MURDEN

geplante Namensgebung informiert und gebeten sich sofort telegrafisch an Shepard Stone im Hotel am Zoo zu wenden, falls er damit nicht einverstanden wäre. Somit ist eindeutig, wer der Namenspatron des Henry-Ford-Baus war.

Im zweiten *F.A.Z.*-Artikel von Frau Kemmerer ist vage und ohne Beleg von den „philantropisch-akademisch-politischen-Netzwerken der Ford Foundation“ die Rede mit „antisemitische Unterströmungen“. Henry Ford, der bis 1950 Stiftungspräsident war, hatte Rowan Gaither mit der Ausarbeitung eines neuen Stiftungsprogramms beauftragt. Im Ergebnis sollten aus dem Stiftungsvermögen in Höhe von damals 500 000,- Millionen Dollar die Finanzierung folgender Schwerpunktprogramme erfolgen:

- „I) the establishment of peace,
- II) the strengthening of democracy,
- III) the strengthening of economy,
- IV) education in an democratic society, and
- V) improved scientific knowledge of individual behavior and human relations.“³⁵

Die Reichweite der angeblichen „antisemitischen Unterströmungen“, die es laut Frau Kemmerer zu dieser Zeit in der Ford-Stiftung gegeben haben soll, kann nicht sehr groß gewesen sein. Der Präsident der Ford-Stiftung Paul G. Hoffman machte nach seinem Amtsantritt 1950 Milton Katz, einen seiner engsten Mitarbeiter aus der Marshall-Plan-Zeit, zu seinem Vizepräsidenten. Milton Katz entstammte einer jüdischen Familie.³⁶ Francis X. Suttons erwähnt in seiner Studie über die frühen Jahre der Ford Foundation

³⁵ Zitiert nach Francis X. Sutton: *The Ford Foundation: The Early Years*, in: *Daedalus* Vol. 116. No. 1. 1987, S. 49. Abgerufen unter: https://www.jstor.org/stable/20025086?seq=1#meta-data_info_tab_contents.

³⁶ Siehe hierzu Pnina Lahav: *The Eichmann Trial, The Jewish Question, and the American-Jewish Intelligentsia*. *Boston University Law Review*, vol. 72, no. 3, May 1992, S. 562.

zudem die 1952 erfolgte Berufung des Juristen Charles E. Wyzanski, Richter am United States District Court for the District of Massachusetts, in den Stiftungsrat mit folgender Begründung: „In 1952, the trustees elected Judge Charles Wyzanski to the board; Wyzanski was persuaded that he was elected because he was Jewish and had a name that did not sound Waspish. Wyzanski's wife Gisela (n?e Warburg) had a heroic record in helping Jews escape Hitler; she was a doughty Zionist. Wyzanski, however, became known on the board more as an advocate of Harvard and scholarly excellence than as a representative of either Jewish or Israeli interest.“ Im Jahr 1953 flossen 410 000,- \$ zur Unterstützung israelischer Projekte und in den folgenden Jahren über sieben Millionen Dollar.³⁷ Neben den erfolgreich bei der Ford Foundation für die Förderung der Freien Universität werbenden Akteuren mit jüdisch-familiärem Hintergrund wie Fritz Karsen, Shepard Stone, Franz Leopold Neumann und Arkadij Gurland finanzierte die Ford Foundation in den frühen 1950er Jahren an der FU zahlreiche Gastprofessoren, die wegen ihrer jüdischen Herkunft in die Vereinigten Staaten emigriert waren und an dortigen Universitäten lehrten. In Anbetracht der von Frau Kemmerer „in den philanthropisch-akademisch-politischen Netzwerken der Ford Foundation“ ausgemachten „antisemitischen Unterströmungen“ müssen in den Stiftungsgremien offenbar wirkungsmächtige Oberströmungen die erforderlichen Förderentscheidungen für solche Gastprofessuren jüdischer Emigranten herbeigeführt haben.

Seltsamerweise zeigt sich Alexandra Kemmerer „irritiert“, dass „der lange Einstieg“ des Zeitschriftenbeitrags in der ZdF Nr. 46 die „kommunistischen Propagandamacher der FDJ“ in den Blick nimmt und deren Stellungnahme zur Ford-Spende von 1951. Was „irritiert“ sie eigentlich daran, dass sich die Zeitschrift einer Einrichtung namens Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin dafür interessiert, wie man im kommunistisch beherrschten Teil Berlins auf die finanzielle Unterstützung der Ford Foundation für die aus der Lindenuniversität hervorgegangene Freie Universität reagiert hat? Gehört es nicht zu den „Ambivalenzen dieser Zeit“, dass es ein anderes Berlin jenseits der Sektorengrenze gab. Oder ist die Erwähnung dieser Zusammenhänge schon der „Kampfmodus der Geschichtspolitik des Kalten Krieges“? Apropos, der Freien Universität, die sich seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts immer wieder geschmeidig dem jeweiligen Zeitgeist angepasst hat, vorzuhalten, sie verharre „im Geschichtspolitischen Kampfmodus des Kalten Krieges“, zeugt von einer verhältnismäßigen Unkenntnis der hochschul- und wissenschaftspolitischen Realgeschichte dieser Universität.

Die von Bahners monierte Verwendung des Begriffs der Cancel Culture ist deswegen bemerkenswert, als sich dieser Begriff mit und ohne Anführungszeichen doch in zahlreichen *F.A.Z.*-Beiträgen der letzten Jahre findet, die sich mit den Übergriffen von selbstgerechten Burgwächtermilieus an den amerikanischen, britischen und deutschen Universitäten befasst haben. Solcherlei geschah mehrfach auch an der FU und betraf auch konkret den Forschungsverbund SED-Staat. Der FU-AStA forderte in der Vergangenheit wiederholt dessen Schließung. Zuletzt im Februar 2015, weil diesen auf dem linken Auge blinden Linken die Studie von Klaus Schroeder „Gegen Staat und Kapital

37 Ebenda S. 86. Mit „Waspish“ wird auf das Kürzel WASP angespielt, das für die elitäre und einflussreiche Oberschicht der White Anglo-Saxon Prtotestants steht. Zu Charles E., Wyzanski siehe Derek C. Bok, Stephen Breyer, Paul A. Freund, Carl Kaysen, Edward H. Levi, Anthony Lewis and Elliot L. Richardson: In Memoriam: Charles E. Wyzanski, Jr. *Harvard Law Review*, Feb., 1987, Vol. 100, No. 4, S. 705–727.

– für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie“ missfiel.³⁸ Eine linke Cancel Culture trieb indes bereits zu Zeiten ihr Unwesen an der Freien Universität, als es diesen Begriff noch gar nicht gab.

Gedankenloser Antisemitismus von Links an der FU

Als Begleiterscheinung der Studentenbewegung von 1968 und der Solidarisierung mit Befreiungsbewegungen in aller Welt verlor sich auch an der Freien Universität das wache Bewusstsein über die Spielarten des Antisemitismus. Die Solidarität mit Israel wurde in Teilen des Linksmilieus durch die Solidarität mit der Al Fatah abgelöst. Der Respekt vor dem Schicksal jüdischer Remigranten wich gedankenloser antiautoritärer Rabulistik. Am 5. Juli 1971 erschien im *Kampfblatt der Roten Zellen* eine Karikatur, die unter der Überschrift „Jagd diese Schweine raus“, die Zeichnung eines Schweins enthält, das den Namen Richard Löwenthals trägt. Zu der Gruppe, die das *Kampfblatt* auf dem FU-Campus verbreitete, gehörte der spätere Holocaustexperte Götz Aly. Als Aly im April 2018 im Kulturhaus Schwanen aus seinem Buch „Unser Kampf“ las, wies die Veranstaltungsankündigung des Kulturhauses auf seine Studienjahre in Berlin hin: „Dort gab er später die Zeitung *Hochschulkampf* heraus und wurde anschließend für zwei Jahre Mitglied der ‚Roten Hilfe Westberlin‘.“ In „Unser Kampf 1968“ schreibt Aly selbst, er sei 1971 Redakteur des *Hochschulkampfes* gewesen.³⁹ Freilich gab es damals weder „Redakteure“ noch „Herausgeber“ allenfalls könnte man von Blattmachern sprechen und Aly zugestehen, dass er zu den eifrigsten Plattmachern im *Hochschulkampf* gehörte. Götz Aly hat sich später eindeutig von den damaligen Gedankenlosigkeiten der linken Hochschulkämpfer distanziert und maßgeblich zur Thematisierung der NS-Rassenforschung an



38 In einem mehrseitigen Flugblatt kritisierten der FU-AStA und die Hochschulgruppe der Antifaschistischen Aktion Berlin im Januar 1998 die positive Evaluierung des Forschungsverbundes SED-Staat durch eine Expertenkommission und meinten, durch den Forschungsverbund SED-Staat und die von ihm geschwungene „Totalitarismus-Keule“ solle „der Kommunismus dämonisiert als auch der Faschismus relativiert werden“. Deswegen gehöre diese Einrichtung „auf den Müllhaufen der Geschichte“. Die damalige Auseinandersetzung ist dokumentiert in: *Nichts Neues im Westen? Kommentierte Dokumentation einer Auseinandersetzung um Geschichtspolitik und Geschichtsbilder vor und nach 1989 am Beispiel der Gedenkstätte Deutscher Widerstand*. Berlin 1998. Arbeitspapier Nr. 28/1998 des Forschungsverbundes SED-Staat.

39 Götz Aly: *Unser Kampf 1968*. Frankfurt am Main 2008, S. 139. Die Abbildungen aus dem *Hochschulkampf* sind den Webseiten des Mao-Projekts entnommen. https://www.mao-projekt.de/BRD/BER/ORG/Hochschulkampf/Berlin_Hochschulkampf_1971_12.shtml.

dem Dahlemer „Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik“ beigetragen. Heute befindet sich in dem Gebäude in der Ihnstraße 22 ein Teil des Otto-Suhr-Instituts. Eine Tafel neben dem Eingang weist auf die Nutzung des Gebäudes vor 1945 hinweist. Sie wurde 1987 dort angebracht. Wenige Schritte entfernt liegt die Tagungsstätte der Max-Planck-Gesellschaft, die seit 1997 als Erbin der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) deren wissenschaftliche Verbrechen systematisch befor-schen ließ.

Frau Kemmerer arbeitet, wie ihren E-Mails zu entnehmen ist, im „Berlin Office WissenschaftsForum als Senior Research Fellow and Academic Coordinator Head of Berlin Office Max Planck Institute for Comparative Public Law and International Law“. Nun gab es in den frühen Jahren der Max-Planck-Gesellschaft manche Parallele zur Freien Universität und mindestens einen Fall, in dem beiden Institutionen die Belastung eines Wissenschaftlers entweder entgangen ist oder von ihnen aus ‚kühlem Pragmatismus‘ in Kauf genommen wurde. Der Biologe Hans Nachtsheim, seit 1946 Direktor des Instituts für Genetik an der Lindenuniversität, wechselte 1949 an die Freie Universität und amtierte dort bis 1955 als Direktor des Instituts für Genetik. Von 1953 bis 1960 leitete er in der Max-Planck-Gesellschaft das Institut für vergleichende Erbbiologie und Erbpa-thologie. In der NS-Zeit forschte Nachtsheim am Dahlemer Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik. Zeitweise trug er als kommissari-scher Direktor auch die Verantwortung für dieses Institut. Da er kein NSDAP-Mitglied war, entging er der ohnehin nicht sehr effektiven Entnazifizierung in der Max-Planck-Gesellschaft. Seine Beteiligung an Menschenversuchen im KWG-Institut ist umstritten, die Mitwisserschaft jedoch nicht.⁴⁰ An der 1953 erschienen Festschrift der Freien Uni-versität zur 200-Jahrfeier der Columbia University New York beteiligte sich Nachtsheim mit einem Beitrag über „Biologie und Totalitarismus“. Darin kritisierte er die nationalsozialistische Rassentheorie und den sowjetischen Lysenkoismus und beklagte den Antisemitismus und die „verhängnisvolle Rassenpolitik des Dritten Reiches“ sowie in seinem Schlusswort, dass Biologen „den Rassismus der Nationalsozialisten mitmachen“.⁴¹ Eine 1997 eingesetzte Historikerkommission der Max-Planck-Gesellschaft hat die Verstrickungen der KWG-Institute untersucht und die Ergebnisse in 17 Bänden pu-bliziert. Auf den Internetseiten der Max-Planck-Gesellschaft werden vor allem die Grenzüberschreitungen in den Biowissenschaften hervorgehoben. Namentlich erwähnt werden die Direktoren des KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik Eugen Fischer und Ottmar von Verschuer. Letzterer äußerte sich angetan über die For-schungsergebnisse Nachtheims zur Epilepsie als Erbkrankheiten. „Man ist immer wie-der überrascht von den weitgehenden Parallelen in den grundlegenden Vorgängen, so daß wir die in den Nachtsheimschen Kaninchenzuchten gesammelten Erfahrungen weitgehend auf den Menschen übertragen dürfen.“⁴² Einem Bericht der MPG-Historiker-kommission ist zu entnehmen, dass Nachtsheim nicht nur mit Kaninchen, sondern 1943 Versuche in einer Unterdruckkammer an sechs epileptischen Kindern aus der Landes-anstalt Brandenburg-Görden vornahm.⁴³

40 Siehe Richard Friebe: Glanz und Erbgesundheit. Ein Genetiker als oberster Kaninchenzüchter der Nation. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 15. Juli 2012.

41 Hans Nachtsheim: Biologie und Totalitarismus. In: Veritas, Justitia, Libertas. Festschrift zur 200-Jahrfeier der Columbia University New York, überreicht von der Freien Universität Berlin und der Deutschen Hochschule für Politik. Berlin 1953 S. 298 u. S. 319.

42 Zitiert nach Achim Trunk: Zweihundert Blutproben aus Auschwitz. Ein Forschungsvorhaben zwi-schen Anthropologie und Biochemie. (1943–1945). Berlin 2003, S. 44.

43 Carola Sachse und Benoit Massin Biowissenschaftliche Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten und die Verbrechen des NS-Regimes. Informationen über den gegenwärtigen Wissensstand. Berlin 2000, S. 36.

Die Max-Planck-Gesellschaft erhielt wie die Freie Universität nach ihrer Gründung erhebliche Unterstützung aus den Vereinigten Staaten. Die Westalliierten übertrugen ihr die meisten KWG-Gebäude. Auch erhielt die Max-Planck-Gesellschaft Zuwendungen der Ford Foundation, sie gewährte Hellmut Becker das Startkapital für die nötigen Vorarbeiten zur Gründung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung (MPIB).⁴⁴ Über „die Ambivalenzen dieser Zeit“ und den Gründungsdirektor teilt das Institut auf seinen Internetseiten inzwischen mit, Hellmut Becker habe seinen 1937 erfolgten NSDAP-Eintritt verschwiegen und als Mentor und Förderer des langjährigen Leiters der Odenwaldschule, Gerold Becker, Vorwürfe „auf sich gezogen“, da „er schon früh über einen Fall sexuellen Missbrauchs an der Schule informiert war und nicht einschritt“.⁴⁵ Im Juni 2020 erhob ein Gutachten der Universität Hildesheim „neue Vorwürfe: Becker und das MPIB seien Teil eines Netzwerks gewesen, in dem pädophile Positionen akzeptiert, gestützt und verteidigt wurden“. Das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung hat angekündigt, diesen Vorwürfen zusammen mit der MPG nachzugehen. In Anbetracht der Empfehlung Alexandra Kemmerers, den Henry-Ford-Bau der Freien Universität Berlin als „Zeugnis jener komplexen wissenschaftlich-kulturellen ‚Parapolitics‘, die in den globalen Kampfzonen des Kalten Krieges die Vorherrschaft des Westens festigen sollten“ einzuordnen, gäbe es einen noch umfassenderen Untersuchungsbedarf. Zu klären wäre, wie sich eigentlich das MPIB und die Max-Planck-Gesellschaft rückblickend selbst in die Parapolitik der CIA einreihen. Wir sind gespannt.

Es handelt sich bei obigem Text um eine erweiterte Fassung des gedruckten Zeitschriftenbeitrages.

44 Vgl. Herrmann Ullrich: Bildungsforschung ohne kritische Theorie der Bildung? Ein Gutachten von Theodor W. Adorno zur Gründung eines (Max-Planck) „Instituts für Recht, Soziologie und Ökonomie der Bildung“ aus dem Jahre 1961. *Pädagogische Korrespondenz* (2014) 49, S. 9-22.

45 Siehe: <https://www.mpib-berlin.mpg.de/institut/geschichte/hellmut-becker>.